

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2 / 2010

Suche nach Auswegen aus der Krise



Bundesbankvizepräsident
Franz-Christoph Zeitler

Im Herbst 2008 stand das globale Finanzsystem kurz vor einer Kernschmelze. Nur koordiniertes internationales Handeln konnte Schlimmeres verhindern. Rettungsschirme, Staatsgarantien und Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe konnten dem freien Fall der Weltwirtschaft Einhalt gebieten. Was können wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? Stehen wir vor einer Zeitenwende, vor einer Neujustierung der Beziehungen von Staat und Wirtschaft? Wie können wir eine solche Krise in Zukunft verhindern? Und zeigt nicht inzwischen die griechisch-europäische Finanzkrise, dass wir vor weiteren Herausforderungen stehen, die Fragen nach Macht, Ohnmacht und Handlungsspielräumen der Politik aufwerfen?

Siehe Seite 3



Bayerns Finanzminister
Georg Fahrenschon
Fotos: Lohmann

An der Akademie rollen die Bagger Bauarbeiten am neuen Audimax im Zeitplan



Im März haben die Erdarbeiten im früheren Rosengarten begonnen. Mittlerweile tut sich eine gewaltige Baugrube zwischen den alten Gebäuden auf. Die Arbeiten liegen derzeit voll im Zeitplan des Architekten

Foto: Schröder

Siehe Seite 13

Miteinander leben statt mahnen



Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden, plädierte für einen neuen Dialog mit der nicht-jüdischen Bevölkerung und begrüßte einen Mentalitätswandel bei den Juden in Deutschland

Foto: Linner

Siehe Seite 10

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Suche nach dem Ausgang	3
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i> „Neoliberalismus durch die Krise nicht erledigt“	6
Eintauchen in eine geheimnisvolle Religion	8
In Deutschland angekommen	10
Gewaltige Medien	11
An der Akademie rollen die Bagger	13
Quadratisch, praktisch, Mut!	14
Auf dem Weg zur Heißzeit	15
Europa zwischen Marktradikalitt und Sozialstaat	16
Im Wunderland der Eurokraten	17
Arzt an Grenzen	18
Handeln im Wandel Mensch – Technik – Umwelt	19
Die Säulen der Nachhaltigkeit	21
In guter Gesellschaft?	22
Briefe an die Redaktion	23
Fruchtbare Kooperation mit Tradition	24
Extremsportler mit wissenschaftlichem Ehrgeiz	25
 Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	 26
Pressespiegel	27
Themen – Tagungen – Termine	29
Namen und Nachrichten	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**
Pers. Referent des Direktors
Europäische Integrationsforschung
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglck, Pcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Die Suche nach dem Ausgang

Nachhaltige Lehren aus der Weltwirtschaftskrise

Im Herbst 2008 nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers stand das globale Finanzsystem kurz vor einer Kernschmelze. Nur koordiniertes internationales Handeln konnte Schlimmeres verhindern. Rettungsschirme, Staatsgarantien und Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe konnten dem freien Fall der Weltwirtschaft Einhalt gebieten. Was können wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? Stehen wir vor einer Zeitenwende, vor einer Neujustierung der Beziehungen von Staat und Wirtschaft? Wie können wir eine solche Krise in Zukunft verhindern? Dies waren die zentralen Fragen einer Akademietagung im Vorfeld des griechischen Dramas, das aber schon heraufzog.

Trotz Stabilisierung der Finanzmärkte und erster Anzeichen einer Konjunkturerholung befinden wir uns – so Tagungsleiter Wolfgang Quaisser in seiner Einführung – noch immer mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Offen sei deshalb auch die Frage nach der Exit-Strategie, also wann die lockere Geld- und Fiskalpolitik beendet und die noch bestehenden Bankgarantien aufgehoben werden sollen. Auch wisse man nicht, ob die Weltwirtschaft auf den alten Wachstumspfad zurückkehre und wie der Finanzsektor reguliert werden soll. Absehbar sei allerdings eine dramatisch anwachsende Staatsverschuldung, die über Jahre den Spielraum der Politik einengen und die Bürger belasten werde.

Vielfach wird die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit der Großen Depression verglichen und ein Zusammenhang mit dem Jahr 1929 – dem Aktienmarktcrash – hergestellt. Allerdings sei dieser Referenzpunkt falsch, erläuterte der bekannte Wirtschaftshistoriker Harold James aus Princeton. Vielmehr müsse der Sommer 1931 herangezogen werden, als sich ausgehend von Mitteleuropa einzelne Bankenzusammenbrüche auf Großbritannien, die USA

und Frankreich sowie schließlich auf die ganze Welt ausgebreitet hätten. Zwar weise die gegenwärtige Krise bemerkenswerte Parallelen zu 1931 auf, so James. Doch klare Lehren, wie sie sowohl die Keynesianer als auch die



Harold James: „Die öffentliche Hand muss einspringen, wenn die Privatwirtschaft gescheitert ist“



Franz-Christoph Zeitler: Stabilitäts- und Wachstumspakt keine „wachstumsfeindliche Zwangsjacke“

Monetaristen aus den Ereignissen des Jahres 1929 ziehen, ließen sich von 1931 nicht ableiten. Nur so viel: „Die öffentliche Hand muss einspringen, wenn die Privatwirtschaft gescheitert ist.“

James wagte eine Prognose hinsichtlich möglicher geopolitischer Umwälzungen. Die Welt des 19. Jahrhunderts sei zusammengehalten worden durch die Weltmacht Großbritannien und die Finanzkraft der Londoner City. Aus der Großen Depression indes seien die USA als neue und unerfahrene Hege-

monialmacht hervorgegangen. Große Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien seien die USA des 21. Jahrhunderts, glaubt James.

Nachhaltigkeit als Prinzip

Die Lehren aus der Krise standen im Mittelpunkt der Tagung. Und die Experten waren sich hier in einem zentralen Punkt einig: Bundesbank-Vizepräsident Franz-Christoph Zeitler fasste dies mit dem „Prinzip der Nachhaltigkeit“ zusammen. Dies bedeute in diesem Zusammenhang unter anderem, dass die Verwendung der jeweils aktuellen Zeitwerte von Aktien und Wertpapieren in den Bilanzen, was zu

hohen kurzfristigen, aber nicht realisierten Gewinnen führte, zu überdenken sei. Dieses Bewertungsprinzip würde umgekehrt Wertverluste in einer Krise verstärken. Solche Mechanismen wirkten dann krisenbeschleunigend.

Nachhaltigkeit bedeute aber auch das Überdenken mancher Geschäftsmodelle, die auf Kreditvergabe und -verbrieftung ohne solide Bonitätsprüfung aufbauten in der Erwartung, dass

die Risiken voll an liquiden Märkten ausgelagert werden könnten. Nachhaltigkeit sollte also auch ein wichtiges Prinzip bei der Gestaltung von Managerentlohnung sein.

Der Bundesbank-Vizepräsident ging darüber hinaus auf die derzeitigen Diskussionen im Baseler Komitee zur Bankenregulierung ein. Demnach steht bei den in dem Gremium versammelten Notenbankern und Vertretern der Regulierungsbehörden auch das Thema „Verminderung der Prozyklik“



an. Zeitler zufolge gebe es Überlegungen, sogenannte antizyklische Puffer einzuführen, also Kapitalrücklagen über das regulatorische Minimum hinaus. Diese könnten in guten Marktphasen aufgebaut, in schwächeren zurückgeführt werden.

Warnung vor Überregulierung

In eine ähnliche Richtung zielten die Überlegungen von Bernd Rudolph, einem führenden Finanzmarktexperten der Universität München. Er warnte allerdings vor einer detailversessenen Überregulierung der Finanzbranche. Vielmehr sollte man sich auf einfache, aber wirksame Regeln wie beispielsweise hohe Eigenkapitalanforderungen konzentrieren. Auch für den bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon waren die wichtigsten Lehren aus der Krise die, dass Märkte klare Spielregeln und Leitplanken benötigten. Wohlgermerkt: Leitplanken, nicht Verbote. Denn mit Verboten sei „die Kreativität der geballten Finanz-Intelligenz kaum zu bändigen.“



„Wir sollen die Rechnung zum IWF schicken!“

Zeichnung: Tomicek

Adalbert Winkler vom Centre for Development Finance in Frankfurt/Main wies auf die engen Zusammenhänge zwischen der Kapitalmarktliberalisierung und der Häufigkeit von Banken- und Finanzkrisen hin. Bei liberalisierten Kapitalmärkten müsse es eine globale Regulierung und Aufsicht sowie einen internationalen „Lender of Last

Resort“ geben. Ein solcher „Kreditgeber der letzten Zuflucht“ könnte beispielsweise der IWF sein. Für einzelne Länder sei laut Winkler eine Second-Best-Strategie denkbar, um die Gefahr einer Finanzkrise durch Verzicht auf Netto-Schuldenaufnahme, den Aufbau von Währungsreserven und Restriktionen beim internationalen Kapitalverkehr zu begrenzen. Dies sei eine Strategie, die viele asiatische Länder in den letzten Jahren verfolgt hätten. In Europa sei dagegen eine vollständige Finanzintegration sinnvoller.

Die Forderungen des Bundesbank-Vorstandes Franz-Christoph Zeitler:

- **Über das Bankenaufsichtsrecht hinausgehende Regeln:** Härtere Kapitalvorschriften würden ihre Wirkung aber nur entfalten in Kombination mit Vorschriften, die verhindern, dass Kapitalmarktunternehmen ihre Risiken in nichtregulierte Bereiche auslagern.
- **„Risk Map“:** Zeitler ist für eine sogenannte Risikolandkarte, um einen Informationsaustausch über die – auch grenzüberschreitende – Verteilung der Risiken zu ermöglichen. Ein solches Kreditregister gibt es in der Europäischen Union bereits. Allerdings beteiligen sich bislang daran nur sieben von 27 Staaten.
- **Rating-Agenturen:** Zeitler fordert Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, insbesondere die Trennung von Beratung und Bewertung. Dazu gehöre es aber auch, dass vor einer Ratingabwertung den Instituten das Recht auf Anhörung eingeräumt werde. Zeitler ist gegen eine staatliche „Europäische Ratingagentur“: Es sei nicht Aufgabe einer staatlichen Einrichtung, ex ante den unternehmerischen Erfolg zu messen.
- **Internationale Standards für die Kreditvergabe:** Dazu gehöre es Zeitler zufolge auch, manche Rechtskonstruktion zu überdenken; z.B. hafte ein Schuldner bei einem non-recourse loan in den USA nur mit seiner Sicherheit, nicht aber mit seinem Privatvermögen, was das Eingehen hoher Verbindlichkeiten erleichtere.

Gerhard Illing von der Universität München, einer der führenden Makroökonomien Deutschlands, wies darauf hin, dass ein robustes und krisenfestes Finanzsystem auch zwingende Voraussetzung für eine handlungsfähige Geldpolitik sei. Die labile Konjunktur erfordere nunmehr niedrigere Zinsen, die jedoch andererseits die Akteure auf den Finanzmärkten zu riskanten Transaktionen ermuntere. Im Moment schütze noch die staatliche Garantie die Weltwirtschaft, doch langfristig besäße die Geldpolitik nur den notwendigen Spielraum, wenn der Finanzsektor auf solidem Fundament stehe.

Inflationsgefahren sah Illing nicht, denn die großzügige Liquiditätsbereitstellung seitens der Zentralbanken sei nicht mit einer Ausdehnung der Geldmenge einhergegangen. Zwar stagniere die Kreditvergabe und die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft sei noch

niedrig. Der Inflationsdruck könne somit wachsen, doch vertraue er auf die EZB, da diese dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet sei.

Die griechische Krise

Angesichts der dramatischen Entwicklung in Griechenland blieb die Frage nicht aus, ob der Euro in Gefahr sei (Anm. d. Redaktion: Die Tagung fand vor der Einigung der Finanzminister der Euro-Länder auf einen Notfallplan für Griechenland statt). Bundesbank-Vize Zeitler zufolge habe der Fall Griechenland auch gezeigt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht eine Art „wachstumsfeindliche Zwangsjacke“ sei, die Deutschland Europa übergestülpt hat, sondern ein notwendiger Pfeiler für das Funktionieren der Währungsunion. Vielmehr habe die Verletzung des Pakts oder sein Unterlaufen durch „geschönte Statistiken“ für die betroffenen Länder viel einschneidendere Folgen, als dies bei rechtzeitiger Beachtung der Fall gewesen wäre.

Auch Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon verwies auf den Nutzen des Euros gerade in der gegenwärtigen Krise: „Ohne Euro wären die unterschiedlichen nationalen Währungen jetzt Spielball der internationalen Spekulanten.“ Und weiter: „Der Euro war



Georg Fahrenschon: „Keine deutschen Steuergelder für griechische Misswirtschaft“

Fotos: Lohmann

bereits vor über zehn Jahren die richtige Antwort.“ Bezogen auf die gegenwärtige Eurokrise sieht Fahrenschon ähnlich wie Zeitler eine Bringschuld Athens: „Griechenland hat seine Haushaltssituation selbst verschuldet und muss seine Probleme in erster Linie aus eigener Kraft lösen“, sagte er. Und weiter: „Wir können nicht deutsche Steuergelder für die griechische Misswirtschaft einsetzen.“ Die Europäische Union müsse ihren Druck auf Sparmaßnahmen und Reformen verstärken, um in Zukunft eine derartige Notlage gar nicht erst entstehen zu lassen. „Der Stabilitätspakt muss durch die Institutionen in Brüssel konsequenter als bisher angewandt und kontrolliert werden“, sagte der CSU-Politiker.

„Mir-gäbet-nix“-Mentalität

Dagegen kritisierte der Grünen-Europaparlamentarier Sven Giegold die Vorbehalte etlicher Euro-Länder gegenüber Athen als übertriebenes „Schwabentum“. Er sprach von einer „Mir-gäbet-nix“-Mentalität. Die Folgen einer Staatspleite Griechenlands würden vielfach unterschätzt: „Wenn der Euro in die Luft fliegt, dann haben wir ein riesiges Problem.“ Eine Pleite Griechenlands würde eine Kettenreaktion auslösen und andere EU-Länder in den Staatsbankrott stürzen. Giegold forderte, für Griechenland Bürgschaften zu übernehmen und den Griechen Kredite zu denselben Konditionen zu gewähren wie den starken Mitgliedsländern. „Dadurch sinkt die Zinslast der Griechen.“

Auch der Wirtschaftshistoriker Harold James glaubt, Griechenland könne die Krise nicht ohne fremde Hilfe bewältigen. Denn: Nicht jeder Staat sei in der Lage, in der Krise sowohl keynesianische Politik zu betreiben als auch die Banken zu stützen. Das sei den Großen vorbehalten – wie den USA, China oder Indien. In Europa seien dazu Deutschland und Frankreich fähig. „Aber Luxemburg, Irland, Griechenland?“ fragte James und gab auch gleich die Antwort: „Nein.“ ■

Kathrin Haimerl / Wolfgang Quaisser

(Siehe Presseschau Seite 27)

Das fordert Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon:

- **Basel II überarbeiten, um Kreditklemme zu vermeiden:** Weil es für Unternehmen zunehmend schwerer werde, an Kredite zu kommen, befürchtet Fahrenschon, dass die Basel-II-Eigenkapitalvorschriften diese Situation noch verschärfen könnten. Er kündigte zudem eine Initiative des Freistaats im Bundesrat an. „Solange die USA nicht Basel II einführen, kann es kein Basel III geben.“
- **Prinzip des Fair Value** (Anm. d. Red.: beizulegender Zeitwert, der Betrag, zu dem Akteure unter üblichen Marktbedingungen bereit wären, einen Vermögenswert zu tauschen) als alleinige Grundlage müsse beendet werden. Fahrenschon forderte eine „demokratische Legitimation“ des International Accounting Standards Board (IASB), das die Fair-Value-Standards festlege. Kleine und mittlere Unternehmen sollten von der Fair-Value-Bewertung ausgenommen werden.
- **Frühwarnsysteme:** Der Finanzminister sprach sich klar für den IWF und das neue European Systemic Risk Board (ESRB) aus. Die Bedeutung solcher unabhängiger Frühwarnsysteme habe sich in der Krise gezeigt. „In Zukunft müssen wir die Warnungen aber auch ernst nehmen.“
- **Eigenhandel mit Eigenkapital dämpfen:** Eigenhandel, so Fahrenschon, sollte nach Risiko gewichtet werden. „Je risikoreicher und wuchtiger die Geschäfte, desto höher die Eigenkapitalanforderung.“
- **Konsolidieren parallel zum Aufschwung:** Der Finanzminister hofft, dass 2010 der Aufschwung greift, also insbesondere der Export stärker anzieht. Die Politik müsse sich dann auf die Haushaltskonsolidierung konzentrieren, Eckpfeiler dafür bildeten der europäische Stabilitätspakt sowie die Schuldenbremse im Grundgesetz.

„Neoliberalismus durch die Krise nicht erledigt“

Der ehemalige DGB-Chef Fritz Schösser geht mit den Urhebern der Finanzkrise hart ins Gericht

„Unsere Marktwirtschaft ist immer weniger sozial.“ Fritz Schösser, bis zum Februar der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Bayern, hat beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag scharfe Kritik an Arbeitgebern und Wirtschaftspolitikern geäußert. Er sprach sich für eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft, den Ausbau der Mitbestimmung und Einschränkungen der Rechte des Kapitals aus.

Die politische Auseinandersetzung hat Fritz Schösser in seinen vielen Ämtern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nie gescheut. Neben seiner Gewerkschaftsarbeit war er Abgeordneter im Landtag, im Bundestag und Mitglied des Bayerischen Senats.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm begrüßte einen politischen Weggefährten, der – wenn auch im parteipolitisch anderen Lager – mit ihr gemeinsam einiges bewegt habe. Dabei sei Schösser, so die Präsidentin, „immer fair und menschlich anständig“ gewesen. Sie habe sich als bayerische Sozialministerin wichtige Impulse von ihm geholt, unter anderem beim ersten Sozialbericht oder beim Beschäftigungspakt.

Der kampferprobte Gewerkschaftsführer wählte bei seiner Analyse der aktuellen Lage deftige Worte: „Diejenigen, die die Finanzkrise ausgelöst haben, werden den von ihnen verursachten Schaden dazu nutzen, den Sozialsystemen den entscheidenden Todesstoß zu verpassen“, so seine Befürchtung. „Der Neoliberalismus hat sich durch die Krise noch nicht erledigt. Wir stecken mitten drin in der Zwei-Drittel-Gesellschaft.“ Schösser nahm die vergangene und künftige Rolle der Gewerkschaften in den Blick. Im Februar hatte der Mann, der 20 Jahre lang das Gesicht des DGB in Bayern war, seinen Vorsitz abgegeben. Noch ist dieser Abstand zu kurz für eine nüchterne Analyse, gab Schösser zu.

„Wir Deutschen sind nicht die Erfinder der Freiheit, aber die Erfinder des Sozialstaats“, sagte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bei seiner Begrüßung. Die Gewerkschaften hätten die sozialen Sicherungssysteme maßgeblich mitgestaltet. Aber mit höherem



Fritz Schösser: „Wenn sich die Banken nicht gravierend verändern, dann marschieren wir in die nächste Krise“
Foto: Schröder

Bildungsniveau und steigendem Wohlstand nehme die Auflösung der traditionellen Milieus zu. Damit einher gehe eine zunehmende Differenzierung der potentiellen Klientel der Gewerkschaften.

„Ist die Industriegesellschaft am Ende?“, fragte Oberreuter. Und verliert damit die Gewerkschaftsbewegung ihre Basis?

Fritz Schösser blieb die Antwort nicht schuldig: „Alle Prognosen, die die Arbeitsgesellschaft als Auslaufmodell sehen, befinden sich auf dem Holzweg“, sagte er. „Wir brauchen den Industriestaat.“ Schösser verteidigte das Wirtschaftsmodell des Rheinischen Kapitalismus und geißelte den globalen Marktradikalismus: „Die Trennung von Wirtschaft und Moral hat einen absoluten Höhepunkt erreicht.“ Die neoliberale Theorie, wie sie bereits im „Lambsdorff-Papier“ von 1982 deutlich geworden sei, habe die Gewerkschaften systematisch geschwächt: Beschneidung des Sozialstaats, die Rente mit 67 und die Deregulierung des Arbeitsmarktes – das seien die „neoliberalen Leitlinien“.

Machtverfall

Es gebe diesen Machtverfall, weil „den Gewerkschaften ein Gegenüber fehlt“ – dies sei das Idealbild des Unternehmers als Person und Kapitaleigner. Stattdessen säßen ihnen Manager gegenüber, die von unbekannten und anonymen Anteilseignern abhängig seien. „Die Grundlage für das Vertrauen zum Aushandeln der Tarifverträge ist abhanden gekommen. Die Grundlage für Gerechtigkeit ging verloren“, sagte Schösser. Und weiter: „Der Gesellschaftsvertrag der Deutschland AG ist aufgehoben.“

Es ist kein Zufall, dass Fritz Schösser im Anschluss einen Seitenhieb auf die von Guido Westerwelle angestoßene Debatte über Hartz-IV-Empfänger platzierte. Schösser sezierte die Wortwahl des FDP-Chefs: Wenn dieser von einer „fairen und gerechten Gesellschaft“ spreche, dann gebe es da einen Unterschied: „Fair muss nicht sozial gerecht sein. Fair ist es, wenn eine C-Klasse-Mannschaft nach den bekannten Regeln gegen eine Mannschaft der Bundesliga spielt. Aber gerecht ist das noch lange nicht.“

Wachstum, sagte Schösser, sei kein Wert an sich. Vielmehr gehe es darum, dass das Wirtschaftswachstum der Gesellschaft als Ganzes zugute komme. Schösser sprach sich deshalb für eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens aus – unter anderem forderte er eine Änderung des Aktienrechts, das den Vorstand auf das Wohl der Allgemeinheit verpflichtet, und nicht nur auf die Interessen der Aktionäre. Darüber hinaus müssten Entscheidungen wie Werkschließungen oder Betriebsverlagerungen ins Ausland an eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat gebunden sein. Die Mitbestimmungsgrenze müsse auf Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten gesenkt werden. Schösser brachte auch den Finanzsektor zur Sprache: Es könne nicht sein, dass der Steuerzahler den Banken ohne Auflagen Geld schenke. Diese wiederum würden den Kredit, den sie sich billig für ein Prozent vom Staat geliehen hätten, an einen Mittelständler mit einer Verzinsung von zwölf Prozent weitergeben. „Wenn

sich die Banken nicht gravierend verändern, dann marschieren wir in die nächste Krise“, sagte Schösser.

Selbstkritik

Die scharfzüngige Kritik stieß im Publikum auf viel Beifall. Es gab Zwischenapplaus. Aber nicht nur. Ein Zuhörer merkte an, dass die Gewerkschaften doch auch Vertreter in den

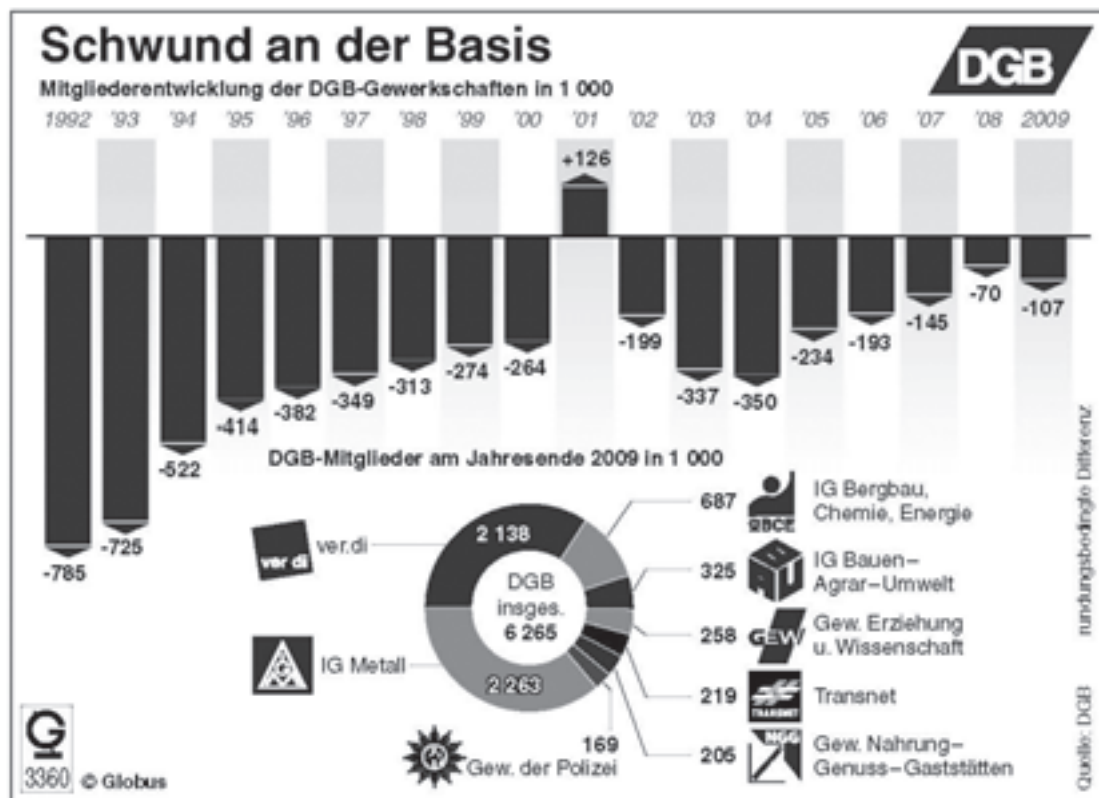
„Die Trennung von Wirtschaft und Moral hat einen absoluten Höhepunkt erreicht“

Aufsichtsräten der Banken hätten. Er wollte wissen, wie sich diese bei den Entscheidungen über Managergehälter verhalten hätten. Schösser gab sich selbstkritisch. Die Gewerkschaften seien in den Aufsichtsräten vertreten, das sei richtig. Allerdings als Minderheit und nicht paritätisch. Doch auch diese

Vertreter hätten nicht immer gegen die Entscheidungen gestimmt. Als Beispiel nannte Schösser die Affäre um die Millionen-Abfindung für den ehemaligen Mannesmann-Manager Klaus Esser. Der frühere IG-Metall-Chef Klaus Zwickel hatte sich bei der Aufsichtsratssitzung der Stimme enthalten, statt sich klar dagegen auszusprechen. Sein Verhalten löste innerhalb der Gewerkschaften eine Reaktion aus: „Zwickel war dann nicht mehr lange Vorsitzender“, sagte Schösser.

Fritz Schösser geht es an diesem Abend darum, Denkanstöße zu geben – an die Politik, die Wirtschaft und an seine Nachfolger. „Wenn es die Gewerkschaften nicht gäbe, dann müssten wir sie heute Abend erfinden“, sagte er. Soll heißen: Die Gewerkschaften sind Organisationen mit Zukunft. Auch wenn es keine leichte sein wird. ■

Kathrin Haimerl /
Michael Schröder



Eintauchen in eine geheimnisvolle Religion

Informationen über das Judentum in Vergangenheit und Gegenwart

Aus Geheimnissen lässt sich bekanntlich nichts lernen. Wohl aber vom Anderen, der sich öffentlich unterscheidet, denn der Mensch lernt am Unterschied. Einen Unterschied im Ganzen macht seit Jahrtausenden das Judentum und es trägt keinen geringeren Anspruch vor als den, dass die ganze Welt von ihm lernen soll. Diesen Anspruch und – mit ihm untrennbar verbunden – die Geschichte und das Selbstverständnis des jüdischen Volkes in seinen verschiedenen Facetten zu begreifen, war das Ziel der Tagung „Vernunft, Staat und Gesellschaft im Judentum“.

Man könnte sich zunächst wundern, eine solche auf den ersten Blick eher religiöse Thematik an einer Politischen Akademie zu finden. Auch stellen die jüdischen Gemeinden, die zwar inzwischen immerhin wieder 120 000 Mitglieder zählen, unter den Glaubensgruppen in Deutschland nach wie vor eine Minderheit von 0,1 Prozent dar. Dennoch fand die Tagung beim Publikum ein hohes Interesse – mit Recht.

Spätestens seit der Habermas'schen Friedenspreisrede von 2001 ist die Rückkehr des Religiösen in den politischen Diskurs wieder selbstverständlich. Ein Blick auf den Nahen Osten, aber auch in den entfernten Westen, genügt, um die Notwendigkeit der Berücksichtigung religiöser Motivationen zu erkennen. Das besondere Verhältnis der deutschen Politik gegenüber den jüdischen Mitbürgern und dem Staat Israel lassen das Tagungsthema als überfällig erscheinen. Zudem erscheint es sinnvoll, die öffentliche Funktion des Judentums für die Gesellschaft kennen zu lernen, um diesen Beitrag schätzen zu können.

Auszeichnung und Last

Der Vortrag des Freiburger Religionswissenschaftlers Bernhard Uhde hob die universale Bedeutung des Judentums nach seinem Selbstverständnis

hervor: Der eine Gott hat sich das Volk Israel erwählt. Durch dieses einzigartige Verhältnis will er allen anderen Völkern die ideale Gottesbeziehung so-



Bernhard Uhde: universale Bedeutung des Judentums



*Daniel Krochmalnik: Sabbat ermöglicht Aufatmen
Fotos: Linner*

wie das ideale Verhalten gegenüber den Nachbarn und Fremden vor Augen führen. Dieser besondere Auftrag bedeutet für die Juden zugleich Auszeichnung und Last. In ihm gründet das Gebot der Unterscheidung: Gott ist einzig und nur einer. Das Volk Israel soll diese Einzigkeit widerspiegeln, indem es sich unterscheidet. Dazu ist dem Judentum als Weisung die Tora gegeben. Durch ihr Studium wird die ständige Bundes-treue Gottes zu seinem Volk vergegenwärtigt. Der Inhalt dieser Vergegenwärtigung ist die Liebe Gottes zu seinem Volk und zu allen Menschen. Die Tora zeigt Gott als das Prinzip der ganzen Welt, eben weil er das Prinzip Israels ist. Daher auch lehren die Rabbinen,

dass die Existenz Israels der Garant für die Existenz der ganzen Welt ist.

Bedeutung des Sabbat

Der Auftrag der Unterscheidung zeigt sich auf vielfältige Weise, von den besonderen Speisevorschriften, Gebetspraktiken und Kleidungsvorschriften bis hin zum Einhalten des Sabbats. Dieses Sabbatgebot stellte Daniel Krochmalnik von der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg als das zentrale Gebot des Judentums heraus. Besonderes Augenmerk legte er auf die sozialkritische Funktion des Sab-

bats. 39 Arbeiten sind dem Juden am Sabbat verboten, allerdings nicht, um ihn einzuenengen, sondern um ihm ein Aufatmen zu ermöglichen. Insofern ist der Sabbat auch die größte Gabe Gottes an die Juden. Auf göttliches Geheiß soll an diesem Tag die mühevolle Verwandlung von Natur in Kultur unterbrochen werden, damit der Einzelne Freiheit für Studium, familiäres Glück und Gebet hat.

Einen Eindruck vom Abglanz der paradiesischen Ruhe, die der Sabbat bieten soll, kann man in Jerusalem erleben, wenn mit dem Läuten der Sabbat-Sirene am Freitagabend das hektische Treiben in den jüdischen Vierteln der Stadt schlagartig für einen Tag zum Erliegen kommt und eine ungewohnte Stille einkehrt. Diese Verweigerung des steten Funktionieren-Müssens dient nicht nur der Unterscheidung von der nichtjüdischen Welt, sondern schenkt dieser auch ein schönes, menschenfreundliches Vorbild. Es ist ein Geschenk, das säkulare, effizienzorientierte Gesellschaften wie unsere verlieren, wenn sie den Sonntag als Ruhetag demontieren.

Weisheit und Modernität

Doch nicht nur hier scheint die große Weisheit und Modernität des Judentums auf. Auch in Bezug auf die Rationalität des Glaubens und die Wertschätzung der menschlichen Vernunft erweist sich das Judentum, das allzu oft einseitig als Gesetzesreligion abgestempelt wird, als außerordentlich modern. Das jedenfalls stellte der jüdische Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik als Kontinuität seit der rabbinischen Zeit bis in unsere Tage fest.

Anhand zweier, wenn auch nicht gerade repräsentativer, gleichwohl berühmter rabbinischer Texte demonstrierte er, dass die Rabbinen schon in spätantiker Zeit die Vernunft als relationale, aktivische und dialogische auffassten. Gott habe sich demnach selbst entmachtet, um mit den Menschen bezüglich der Auslegung seiner Gebote im Gespräch zu bleiben. Daher blieb die Deutung der schriftlichen wie mündlichen Tora der menschlichen Vernunft anheim gestellt, was wiederum zu unabschließbaren Debatten führte, wie sich bereits in den talmudischen Diskussionen zeigt.

Demgegenüber betonte der Wiener Historiker Michael Ingber den Aspekt der Normativität der jüdischen Religion und eine daraus sich ergebende Heteronomie des Menschen. Religiöser Zentralbegriff dieser Fremdgesetzlichkeit sei die jedem Gläubigen mit seinem Mündigwerden „obliegende Pflicht“, also die Erfüllung der Gebote, der Mitzwoth. Sie seien dem Volk Israel am Sinai von Gott eben nicht vorgeschlagen, sondern auferlegt worden. Doch stellt diese Verpflichtung die eigentliche Befreiung der Juden dar, insofern sie anleitet, dem göttlichen Willen zu entsprechen. Ingber wandte dieses Verständnis auf die jüdische Sichtweise auf Krieg und Frieden an. Die Kriege des Volkes Israel, beschrieben in der hebräischen Bibel, sind nur dann uneingeschränkt legitim, wenn sie von Gott befohlen sind oder der Verteidigung des Volkes dienen. Davon unterschied Ingber sogenannte „Wahl-Kriege“, die dann erlaubt sei-



Ordinationsfeier für jüdische Rabbiner in Berlin

Foto: Zentralrat

en, wenn sie mit Zustimmung der Tora-Gelehrten erfolgten.

Die Rolle der Frau im Judentum beleuchtete die Berliner Judaistin Tal Ilan. In den rabbinischen Texten zeig-



Tal Ilan: Frauen nur mit Einschränkungen religionsfähig

te sie auf, dass Frauen nur mit Einschränkungen als religionsfähig galten. Julius Schoeps zeichnete Theodor Herzls geschickte Inszenierung des Zionismus nach, der jedoch „zu spät“ Verwirklichung fand.

Auf sehr anschauliche Weise verglich der Münchner Kunsthistoriker Avinoam Shalem die beiden heiligen Stätten von Jerusalem und Mekka. Er wies auf Parallelen der topographischen Lage, der erzählten Begründung und der Architektur hin. Zu ergänzen gewesen wäre hier die besondere, eben unterschiedene, Konstruktion des herodianischen Tempels. Denn nur so werden die mannigfaltigen Bezüge und Korrekturen deutlich, welche die islamische Wiederbesetzung des Tempelberges durch Felsendom und Al-Aqsa Moschee vorgenommen hat. ■

Martin Fuß / Michael Spieker

Linktipps

<http://www.zentralratdjuden.de>
<http://www.talmud.de>
<http://www.hagalil.com/>
<http://www.judentum.de/>
<http://www.judentum-projekt.de/>

In Deutschland angekommen

Charlotte Knobloch zur Zukunft der jüdischen Gemeinschaft

Miteinander leben statt mahnen: Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden, plädierte für einen neuen Dialog mit der nicht-jüdischen Bevölkerung und begrüßte einen Mentalitätswandel bei den Juden in Deutschland.

Bei ihrem Vortrag im Rahmen der Tagung „Vernunft, Staat und Gesellschaft im Judentum“ korrigierte Charlotte Knobloch den Eindruck, sie stelle die Opfer und Überlebenden des Holocaust zu sehr in den Mittelpunkt ihrer Arbeit: „Die Decke der Vergangenheit darf sich nicht wie Blei auf das deutsch-jüdische Miteinander legen“, sagte sie und plädierte damit für eine Neuausrichtung des Dialogs. Die jüdische Gemeinschaft dürfe nicht mehr so sehr den Blick rückwärtsgewandt auf die Shoa richten. Vielmehr solle sie neue Möglichkeiten des Dialogs mit der nicht-jüdischen Bevölkerung suchen.

Gemeinsames Erbe

„Die Zeit lässt sich nicht zurück drehen. Genauso wenig wird sie alle Wunden heilen und den Schatten der Vergangenheit restlos vertreiben können“, sagte Knobloch. Sie betont, dass es in wenigen Jahren keine Opfer oder Täter mehr geben werde: „Spätestens dann wird hoffentlich der letzte Ignorant einsehen, dass wir uns nicht über Schuld und Schmach unterhalten müssen, dafür umso mehr über Verantwortung.“

Diese neue Sicht schien manchen im Publikum zu überraschen, dürfte aber wegweisend sein.

Knobloch entwirft ein deutliches Zukunftsszenario für die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland: Offener müsse sie werden, neu-

gierig auf die nicht-jüdische Bevölkerung zugehen, eine gemeinsame deutsche Perspektive finden. Und auch sprachlich setzt Knobloch auf Einheit und spricht davon, dass „wir“ auf derselben Seite stünden: „der Seite der Menschlichkeit“.

Es klingt, als würde Charlotte Knobloch in dieser Rede einen Leitfaden für ihren Nachfolger entwickeln. Denn eines ist klar: Im November wird



Charlotte Knobloch: Optimistischer Blick in die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland

Foto: Linner

erstmals eine Person an der Spitze des Zentralrats stehen, die den Holocaust nicht mehr miterlebt hat. Mit ihrer Ankündigung, nicht mehr für das Amt zu kandidieren, hat Charlotte Knobloch den Weg für eine neue Generation frei gemacht. Auf der Ebene der Gemeinden hat sich dieser Wandel bereits vollzogen. Insbesondere die jüdischen Zuwanderer aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion hätten das Selbstverständnis der deutschen Juden grundlegend verändert.

Knobloch, der innerhalb des Zentralrats auch vorgeworfen worden ist, sie integriere diese Gruppe zu wenig, bekennt sich deutlich zu diesen Mitgliedern, bezeichnet sie als „Geschenk und

Freude“ – trotz aller Schwierigkeiten und Konflikte, die es mit langjährigen Gemeindemitgliedern gäbe.

Verweiler und Koffer-Existenzen

Dass sich inzwischen die Idee eines „jüdischen Lebens in der Bundesrepublik auf Dauer“ entwickelt habe, sei diesen Zuwanderern zu verdanken. Knobloch spricht von einer „Verweiler-Mentalität“, die die „Koffer-Existenz“ abgelöst habe.

Optimistischer Ausblick

Der Ausblick, den sie auf die Zukunft der jüdischen Gemeinde in Deutschland gibt, fällt optimistisch aus. Sie zitiert Theodor Herzls Vision eines jüdischen Staats und sagt, sie sei immer „voller unerschütterlicher Hoffnung gewesen, dass jüdisches Leben in diesem einst gebrochenen Land gelingen kann“.

Keine Vision könnte die Person Charlotte Knoblochs besser charakterisieren als diese. Denn schon einmal hat sie etwas geschafft, was in München niemand für möglich gehalten hätte: den Bau eines repräsentativen jüdischen Gemeindezentrums mitten in der Stadt am Jakobsplatz.

Sie sagt: „Ich würde heute nicht vor Ihnen stehen und über die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland sprechen, wenn ich nicht an Wunder glauben würde.“ Eigentlich endet ihr Manuskript nach diesem Satz. Doch bei der Vorbereitung muss sie das Gefühl gehabt haben, dass hier noch etwas fehlt. Handschriftlich hat sie ergänzt: „... Wunder, die bereits Realität wurden und die einer Normalität nicht mehr im Wege stehen“. ■

Kathrin Haimerl

(Siehe Presseschau Seite 28)

Gewaltige Medien

Pädagogische Herausforderungen im Zeitalter von Internet und Handy

Die tägliche Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen steigt weiter an. Dabei liegen Fernsehen und Internet mit jeweils rund 130 Minuten täglich fast gleichauf. Die höchste tägliche Fernsehdauer haben Hauptschüler mit etwa 160 Minuten täglich. Täglich werden über eine Million neue Seiten ins Internet gestellt. Bereits jetzt bestehen 13 Millionen Kinderpornoseiten, 560 Millionen Pornoseiten und 20 Millionen Seiten mit Gewalt verherrlichenden und rechtsextremen Inhalten.

Lehrer müssen sich diesen Tatsachen stellen und den sinnvollen, aktiven und reflektierten Umgang ihrer Schüler mit Medien unterstützen. Die Schulen stehen heute vor der Herausforderung, die alltäglichen, medialen Erfahrungswelten der Schüler in den Bildungs- und Erziehungsprozess zu integrieren. Lernen in virtuellen, multimedialen Räumen wird immer mehr als eine medienpädagogische Notwendigkeit betrachtet. Es gilt aber auch Gefährdendes auszugrenzen und Fehlentwicklungen zu korrigieren – zum Wohle der Kinder.

Die Akademie veranstaltete gemeinsam mit dem Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband (MLLV) eine Fachtagung, auf der Wissenschaftler neueste Forschungsergebnisse präsentierten, Anregungen für medienpädagogische Projekte gegeben wurden und Lehrer Spielkonsolen und multimediale Lernspiele für den Unterricht ausprobieren konnten.

Ein ganzes Medien-Ensemble gehört heute wie selbstverständlich zum Alltag junger Menschen – egal ob Handy, Spielkonsole, MP3-Player, Fernseher oder PC. Sie verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit mit Medien. Medienbesitz und Mediennutzung prägen ihr Weltbild, ihre Wertvorstellungen und ihre sozialen Beziehungen. „Wir brauchen medienpädagogische Kompetenzen, um so angemessen und qualifiziert auf die Fragen unserer Kinder eingehen zu können. Sie im sachgerechten Umgang mit den Medien

schulen, vor Gefahren schützen und den Wert der Medien nutzen lernen,“ betonte Tagungsleiter Michael Schröder beim Auftakt der Veranstaltung.

Pornografie wird alltäglich

Dazu müssen Eltern und Lehrer wissen, was die Medienwelt ihren Kindern zumutet. Die Stuttgarter Medienprofessorin Petra Grimm weiß aus ihren neuesten Forschungen: „69 Prozent



Petra Grimm: neueste Forschungen zu Gewalt und Pornografie im Web 2.0
Fotos: Linner

der 12 – 19-jährigen kennen pornografische Videos auf dem Handy. Wir sollten der Pornoindustrie nicht die Erziehung unserer Kinder überlassen.“

Zwischen Gesellschaftskultur und Medienkultur findet ein Wechselspiel statt. Die Förderung der ethischen Werte-

kompetenz muss das Hauptanliegen der Gesellschaft sein. Das kann nicht nur die Aufgabe von Schule sein. Lehrerinnen und Lehrer können nur unterstützend medienpädagogisch handeln. Auch Eltern haben natürlich die Verantwortung für die Medienerziehung ihrer Kinder. Sie sollten sich die Faustregeln des Hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer zu Herzen nehmen:

- Ein Grundschüler sollte nicht mehr als eine Stunde täglich am Fernseher, Computer oder Spielkonsole sitzen
- Einführung medienfreier Tage und eines Medienzeitkontos pro Woche
- Medien nicht als Sanktion oder Belohnung benutzen, sonst steigt die Bedeutung
- Keine Geräte ins Kinderzimmer stellen
- Kindern ein alternatives, kulturelles Angebot machen und dies mit ihnen gemeinsam durchführen
- Ohne Medienerziehung geht es nicht
- Geräte sind kein Babysitter.

Leistungsschwäche und Übergewicht

Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), verweist auf neue Ergebnisse einer Studie aus Berlin, in der 1000 Kinder ab dem achten Lebensjahr wissenschaftlich begleitet werden. Im Mittelpunkt stehen körperliche Fitness, die Entwicklung der Gesamtverfassung sowie die Entfaltung ihrer Schulleistungen, auch Gewalttätigkeiten werden erfasst. „Die Ergebnisse sind alarmierend“, so der Wissenschaftler, der wegen der Störungen im europäischen Flugverkehr nicht selbst in Tutzing sein konnte. Stattdessen wurden seine Forschungsergebnisse,



Thesen und Forderungen von Akademiedozent Michael Schröder vorgetragen: „Kinder, die schon vor dem Alter von acht Jahren über alle drei Geräte, nämlich Fernseher, PC und Konsole, in ihrem Zimmer frei verfügen können, entfalten sich in ihren Leistungen schlechter. Die Leistungsabstände zu denen, die keine Geräte im Zimmer haben, werden Jahr für Jahr größer.“

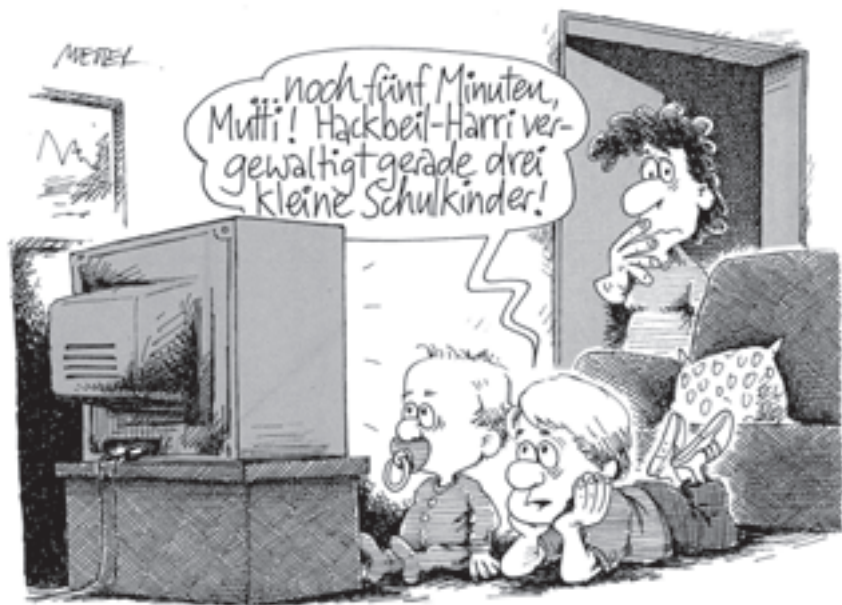
Auch die Fettleibigkeit steigt bei denen, die mit allen drei Geräten ausgestattet sind, deutlich. Intensivnutzer leiden zu fast einem Drittel an Übergewicht, ein relativ großer Teil von ihnen muss als adipös eingestuft werden.

Deutlich wird auch, dass Kinder, die in dritten und vierten Klassen intensiv Gewaltspiele gespielt haben, im Alter von zwölf Jahren deutlich gewalttätiger sind als Kinder, die solche Spiele noch nicht kennen und noch keine gewalttätigen Filme sahen. Wir stellten auch fest, dass bereits bei den jetzt Zwölfjährigen einige beim Computerspielen alle Merkmale von Sucht aufweisen.“

Mediale Suchtgefahren

Grundsätzlich gilt: Kinder, die im realen Leben großen Belastungen ausgesetzt sind – sozialer Misserfolg, Gewalt in der Familie – suchen nach Erfolg und Anerkennung im Computerspiel. Die Ergebnisse einer 2007/2008 durchgeführten KFN-Studie mit 2000 Neuntklässlern zeigen, dass derzeit rund drei Prozent der 15-jährigen Jungen abhängig sind, weitere 4,9 Prozent sind gefährdet. Ein besonders hohes Abhängigkeitspotential entfaltet dabei das online-Spiel „World of Warcraft“. „35 Prozent der 15-jährigen Nutzer dieses Spiels bringen es auf eine tägliche Spieldauer von mehr als 4,5 Stunden. Auch das trägt erheblich dazu bei, dass die Schulleistungen der Jungen im Vergleich zu denen der Mädchen immer schlechter werden“, so Pfeiffer.

Auch Pornografie dringt immer mehr in die Medien- und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen vor. Noch nie war pornografisches Material im Internet für Jugendliche so leicht zugänglich wie heute: Die Stuttgarter



Karikatur: Mester

Medienforscherin Petra Grimm hat dazu erst jüngst eine Studie veröffentlicht – und kommt zu erschreckenden Ergebnissen. Sie sagt zwar: „Die von den Medien oft beschworene ‚Generation Porno‘ gibt es nicht“. Allerdings sei Internetpornografie aus Sicht der Jugendlichen völlig normal. Sie ist Bestandteil des alltäglichen Medienkonsums bei den männlichen Jugendlichen.

Mädchen kämen zwar auch mit Pornografie in Berührung, lehnen sie eher ab und finden sie „eklig“. Die Hemmschwellen liegen für Mädchen sehr viel höher als bei Jungen. Konsum von Pornos werde häufig mit einem „biologischen Geschlechterrollenmodell“ begründet, kritisierte Grimm.

Sowohl bei Mädchen und Jungen sei sie auf folgendes Argument gestoßen: Pornografie-Konsum sei bedingt durch „Triebe und Hormone“. „Jungen haben Triebe und konsumieren daher Pornografie, Mädchen haben diese Triebe nicht und brauchen daher keine Pornografie“ – diese Aussage treffe Grimm zufolge bei Mädchen wie bei Jungen auf Zustimmung.

Die Jungen sagen – übrigens unabhängig von der Bildungsschicht: „Trie-

be und Hormone sind normal. Die treiben einen zu etwas, dem man sich nicht entziehen kann.“ Es gebe so etwas wie die „Diktatur des Triebes“. Pornografie zu konsumieren sei somit eine legitime Weise der Triebbefriedigung.

Sexueller Leistungsdruck

Die Medienforscherin beobachtet ein stark ausgeprägtes Leistungsprinzip bei Berichten über Sexualität in Medien. Bei Pornografie würde dieses Prinzip noch überhöht. Porno-Konsum führe also zu einer Verstärkung des sexuellen Leistungsdrucks bei Jugendlichen: „Jugendliche meinen, sie müssten schon ‚beim ersten Mal‘ über sexuelle Erfahrung verfügen, welche sie noch gar nicht haben können.“

Ein Viertel der von Petra Grimm befragten Jugendlichen ist auch schon mit Gewalt im Web 2.0 konfrontiert worden. Ein Drittel hat bereits unangenehme Erfahrungen im Netz gesammelt mit Mobbing: Dazu gehöre das Auftreten unter einer falschen Identität, sexuelle Belästigung und Beleidigungen und Beschimpfungen in Chats und sozialen Netzwerken wie SchülerVZ oder Facebook.

Eine Zusammenfassung der Studie und der in Tutzing gehaltene Vortrag findet sich demnächst unter: <http://www.hdm-stuttgart.de/medienethik/>

Grimm belässt es aber nicht bei der Präsentation der Ergebnisse ihrer empirischen Forschung. Sie stellt auch konkrete Forderungen an Politik und Anbieter und gibt Empfehlungen für Eltern und Pädagogen: Technische Schutzmaßnahmen und Sicherheitsinstrumente (besonders für die sozialen Netzwerke im Internet) müssten verbessert und in Form konkreter Mindeststandards verbindlich vorgegeben werden. Ferner müssten Anreize für die Anbieter geschaffen werden, um die technischen Schutzstandards zu erhöhen.

Forderungen und Empfehlungen

Programmanbieter müssten zur Prävention verpflichtet werden. Die Forscherin fordert konkrete Selbstverpflichtungen. Verbindliche Aufklärungspflichten für Anbieter der Community-Plattformen müssten verankert werden: Dazu gehörten neben Informationen über Gefahren und Risiken die Unterrichtung über mögliche Strafbarkeit und deren Konsequenzen sowie die Platzierung von aufklärenden Hinweisen bereits auf der Eingangsseite. Elterninformationen müssten verbindlich gemacht werden, so dass die Eltern das Angebot und seine Risiken für ihr Kind beurteilen können, am besten mit einem Kennzeichnungssystem der Web-2.0-Angebote für Eltern nach Risikofaktoren.

Und schließlich dürfe auch Medienerziehung nicht fehlen: „Die medienethische Urteilsfähigkeit und Wertekompetenz sowie die inhaltliche Medienkompetenz der Nutzer muss gefördert und erweitert werden“, fordert Petra Grimm. So könnten Möglichkeiten zur sinnvollen Nutzung des Web 2.0 eröffnet werden.

Dem stimmt Waltraud Luëä zu. Die Vorsitzende des MLLV und Vizepräsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) sagt: „Wir benötigen einen Doppelfilter. Erstens den Filter im Kopf der Schülerinnen und Schüler, der mit Medienpädagogik aufgebaut und gestärkt werden muss. Und zweitens den technischen Filter, der die Schulcomputer vor problematischen Internetseiten mit Gewaltverherrlichung und Pornografie schützt.“ ■

Michael Schröder

An der Akademie rollen die Bagger

Bauarbeiten am neuen Hörsaalgebäude voll im Zeitplan

Die Akademie baut: Bis zum Juli 2011 soll der neue Hörsaal, der Platz für bis zu 200 Gäste bietet, fertig sein. Im März haben die Erdarbeiten im früheren Rosengarten begonnen. Mittlerweile tut sich eine gewaltige Baugrube zwischen den alten Gebäuden auf. Zur Stabilisierung an der Hanglage sind umfangreiche Maßnahmen erforderlich: Fast 300 Betonpfähle wurden versenkt und mit zusätzlichen Erdankern befestigt. Die Arbeiten liegen derzeit voll im Zeitplan des Architekten Friedrich Hingerl.



Architekt Friedrich Hingerl (links), daneben Verwaltungsleiter Hammerschmid. Im Bagger: Akademiedirektor Oberreuter.

Fotos: Schröder/Haimerl

Der neue Saal wird im Innenhof zwischen Klenzebau und dem alten Hörsaal etwa sechs Meter tief in die Erde versenkt werden. Der Neubau wird umweltverträglich und optisch gefällig mit einer großen Fensterfront zur Seeseite in den Hang eingepasst. Der 220 Quadratmeter große Saal bietet Platz für bis zu 200 Tagungsteilnehmer und wird damit künftig der größte Raum des Hauses sein. Dieses Audimax kann flexibel geteilt werden, so dass zeitgleich zwei Tagungen nebeneinander stattfinden können.

Der Neubau ist nötig, weil sich der alte Saal aus den 1950er-Jahren für renommierte Veranstaltungen häufig als zu klein erweist. Zudem ist er schlecht belüftet und nicht klimatisiert. Der Rosengarten wird nach dem Abschluss der Arbeiten wieder angelegt.

Beeinträchtigungen des Seminarbetriebs durch Baulärm sind bisher kaum zu spüren. Die vorsorglich bereitgestellten Container mussten noch kaum genutzt werden. ■

Hai



Nach aufwändigen Stabilisierungsmaßnahmen ist eine gewaltige Baugrube entstanden

Quadratisch, praktisch, Mut!

Multimediale Öffentlichkeitsarbeit für die Initiative „Schulen ohne Rassismus“

Mit Kreativität gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: Jugendliche von 14 bayerischen Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen, haben bei einem Seminar Ideen entwickelt, wie sie ihre Aktionen besser der Öffentlichkeit präsentieren können. Die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen (Text, Foto, Freie Rede) sind noch während der Tagung auf einem extra eingerichteten Weblog ins Internet gestellt worden und dort zu sehen und zu lesen*.

Das Foto sieht aus wie Werbung für Schokolade. Aber was zählt, ist der Inhalt. Und das in doppelter Hinsicht. Denn den Schülern, die beim Seminar dieses Motiv entwickelt haben, ging es um eine Botschaft, die nur im übertragenen Sinn etwas mit den abgebildeten Schoko-Würfeln zu tun hat. Es ging darum, das Motto „Schule ohne



Rassismus – Schule mit Courage“ kreativ in Bilder und Texte umzusetzen.

Die 40 jugendlichen Teilnehmer engagieren sich für das bundesweite Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Sie konnten sich im Rahmen des Seminars, das gemeinsam mit Chong-Sook Kang, der Landeskoordinatorin der Initiative in Bayern, organisiert wurde, austauschen und Anregungen holen. Und Weiterbildung.

In insgesamt drei parallel laufenden Arbeitskreisen lernten die Schüler, wie sie ihre Aktionen professionell in der Öffentlichkeit präsentieren können. Freie Rede stand auf dem Programm, ebenso wie die Grundlagen des journalistischen Schreibens.

Immer wieder ging es in den Kursen auch um Sinn und Zweck der Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

„Ihr habt doch keine Ahnung“, sagt etwa Michelle, die auf die Berufsschule in Neu-Ulm geht, zu den Gymnasiasten, die ihr gegenüber sitzen. Einen, vielleicht zwei Schüler mit Migrationshintergrund, wie seit einigen Jahren die politisch-korrekte Bezeichnung lautet, haben sie in ihren Klassen, erzählen sie. Oder Maik, der eine Montessori-Schule besucht. Er sagt: Seine Klassenkameraden kennen das nur aus Erzählungen. Dass es da zu Problemen kommen kann.

Das ist es, was Michelle, die selber Halb-Amerikanerin ist, richtig aufbringt. Schüler aus 60 verschiedenen



Freie Rede stand auf dem Programm

Nationen kommen in ihrer Berufsschule zusammen, sagt sie. Mitschüler Yavuz, dessen Eltern aus der Türkei stammen, nickt. Er erzählt von den Diskri-



minierungen, denen er im Alltag ausgesetzt ist. Etwa, wenn er vor der Disco steht und es heißt: „Die Mädels können rein, du nicht.“

Die andere Seite kontert. Solche Probleme würden sie vielleicht nicht kennen, sagt eine Gymnasiastin. Aber: „Wir haben massive Probleme in der Klassengemeinschaft.“ Schüler, die gemobbt werden, weil sie eben so sind, wie sie sind.

Es ist eine produktive Diskussionsrunde. In der Schreibwerkstatt entstehen Ideen für Texte. Währenddessen produziert die Fotowerkstatt Symbolbilder. Und im Rhetorikkurs bereiten sich die Teilnehmer auf die große Abschlussrunde im Plenum vor. Freie Rede vor 50 Leuten. Zu zweit oder alleine auf einer Bühne. Mit nur einem Stichwortzettel zum Festhalten.

Das Ergebnis des Seminars und die Arbeiten der Schüler stehen gesammelt auf einem extra eingerichteten Weblog im Internet*. ■

Kathrin Haimerl / Michael Schröder

* <http://web.apb-tutzing.de/apb/schule-ohne-rassismus/>

Auf dem Weg zur Heißzeit

„Master of Disaster“ spricht über Wetterkatastrophen und Klimawandel

Mit den Auswirkungen von Klimaänderungen beschäftigte sich Gerhard Berz, der ehemalige Leiter der Geo-Risiko-Forschung der Münchner Rückversicherung. Berz, von der Presse auch „Master of Disaster“ genannt, gehört zu den Wissenschaftlern, die bereits seit den 1970er Jahren vor den Schäden des Klimawan-

dels warnen: „Sie sind offensichtlich und nicht rückgängig zu machen“, so Berz. Deshalb müsse sich die Weltgemeinschaft viel besser auf Katastrophenvorsorge und Frühwarnsysteme einstellen. Schließlich sind die Verwüstungen enorm: Hurrikan Katrina in den Vereinigten Staaten hat 2005 einen Rekordschaden von 120 Milliarden US-Dollar verursacht.

Davon wurden 60 Milliarden von Versicherern übernommen. Hier kommen die Rückversicherer ins Spiel: Sie bieten eine Zusatzversicherung, damit sich einzelne Akteure und Staaten nicht mit riesigen Rücklagen belasten müssen, um eine Katastrophe auffangen zu können, die sich vielleicht nur einmal in 100 Jahren ereignet.

Zwischen 1980 und 2008 waren 18 000 Schadensereignisse mit 1,7 Millionen Toten zu verzeichnen. Nur ein Sechstel der Schäden ist auf Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Tsunamis zurückzuführen. Ein viel größerer Schaden entsteht durch Wetterkata-

strophen wie Dürre und Überschwemmungen. Diese Schadenssumme kann mit etwa 2600 Milliarden US-Dollar beziffert werden; davon versichert waren nur 630 Milliarden US-Dollar.



Gerhard Berz: „Klimaschäden sind nicht rückgängig zu machen“

Foto: Lohmann

strophen wie Dürre und Überschwemmungen. Diese Schadenssumme kann mit etwa 2600 Milliarden US-Dollar beziffert werden; davon versichert waren nur 630 Milliarden US-Dollar.

Versicherungen bestehen nur dort, wo es eine entsprechende Tradition gibt und wo sich die Bevölkerung Versicherungen leisten kann. Hier gilt es die Entwicklungs- und Schwellenregionen mitzunehmen, etwa durch

„Mikro-Versicherungen“. Sie decken seltene, große Schäden ab. Es wird aber erwartet, dass kleine Schäden selbst übernommen werden. In Bangladesh gibt es hier erste Ansätze.

Die Schäden durch Naturkatastrophen nehmen zu. Allerdings hat sich die Gewichtung der Ursachen interessant entwickelt: Während die Anzahl der terrestrischen Katastrophen wie Erdbeben etwa gleich geblieben ist, habe sich die Anzahl von Wetter- und Wasserschäden verdreifacht.

Aus warm wird heiß

Neben Klimaveränderungen verursachen folgende Faktoren steigende Schäden an der Umwelt: ein Anwachsen von Bevölkerung, Konsum und Urbanisierung, aber auch die Besiedlung exponierter Gebiete und die Anfälligkeit von moderner, elektronischer Technik. Zusätzlich zum natürlichen Treibhauseffekt wird erwartet, dass sich Europa um ein Grad Celsius und

der Alpenraum sogar um zwei Grad erwärmen. Die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte, warnte Berz, hätten gezeigt, dass schon Änderungen um ein paar Zehntel Grad dramatische Folgen haben können. Die „kleine Eiszeit“ mit ihren Missernten, Kriegen und Hungersnöten im 16. Jahrhundert ist nur ein Beispiel. Heute ist es aber noch dramatischer: Aus der Warmzeit wird eine „Heißzeit“.

Der globale Trend der CO₂-Emissionen liegt sogar über den schlimmsten Annahmen des Weltklimarates. Als Folge haben beispielsweise die Alpengletscher bereits zwei Drittel ihrer Masse und die Hälfte ihrer Oberfläche verloren. Durch den Temperaturanstieg wird der Meeresspiegel in den kommenden 100 Jahren um bis zu 140 Zentimeter steigen. Die Erwärmung verlängert zwar die Vegetationsphasen, dies kommt aber nur bei ausreichendem Niederschlag zum Tragen. Ansonsten steigen in heißen Sommern die Gefahren durch Schädlinge,

Linktipps:

„Stern-Report“ (Stern Review on the Economics of Climate Change):
http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_index.htm
Vortrag von Hartmut Graßl über den Kopenhagener Klimagipfel:
<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1381>



Krankheiten und die Einwanderung tropischer Tiere. Der Hitzesommer von 2003 gibt einen guten Blick in die Zukunft. Bleibt die Hitze bei über 27



Hurrikan Katrina überschwemmte 2005 New Orleans

Grad, werden die Schäden „schmerzlich“ höher: Es sind hier nicht nur Sterbefälle zu beklagen, sondern auch die Häufung von Schäden durch Unwetter und Blitzschläge. Warme Winter wiederum bergen eine große Sturmgefahr.

Klimaschutzstrategien

Aufforstung und der Umbau der Wälder etwa wären eine in Europa dringende Maßnahme, mahnt Berz, um die sich durch Klimawandel verschärfenden Risiken einzudämmen. Die zukünftigen Klimaschutzstrategien müssen sich an zwei Eckpunkten orientieren: Die Vermeidung von Emissionen und Anpassungsmaßnahmen (in Bauvorschriften, Agrartechnik, Naturschutz und Katastrophenvorsorge). Ansonsten, so Berz, könnten Klimaschäden bis zu 20 Prozent der Weltwirtschaftsleistung vernichten. ■

Saskia Hieber

Europa zwischen Marktradikalität und Sozialstaat

Auf dem Weg zu einer europäischen Sozialordnung

Die europäische Einigung ist zwar ein politisches Projekt, doch ihr Fundament ist die wirtschaftliche Integration. Ohne positive Wohlfahrts- und Arbeitsmarkteffekte des gemeinsamen Marktes liefe die Europäische Union Gefahr, ihre politische Legitimität zu verlieren. Gleichzeitig bringen die zunehmende wirtschaftliche Integration und Globalisierung einen Strukturwandel mit sich, der zumindest zeitweise Arbeitslosigkeit und soziale Härten hervorrufen kann. Obwohl die Sozialpolitik weiterhin im nationalstaatlichen Rahmen erfolgt, wird sie durch europäische Programme, Vorgaben und Initiativen ergänzt.

Das Spannungsfeld zwischen Marktliberalisierung und Sozialpolitik auf europäischer Ebene war Thema einer Tagung der Akademie in Nürnberg. Dabei sollte auch der Spannungsbogen zwischen europäischer Politik und regionalen Initiativen aufgezeigt werden. Kooperationspartner waren das Bildungszentrum Nürnberg und die Münchner Vertretung der Europäischen Kommission.

Einen Einblick in die regionalen sozialpolitischen Projekte bot die Besichtigung des Südstadtforums Service und Soziales der Stadt Nürnberg. Diese mit EU-Fördergeldern entstandene Einrichtung beherbergt verschiedene Initiativen zu den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Familien und Erziehung, Migration, berufliche Qualifizierung und Beschäftigung.

Kein EU-Sozialstaat

Die Teilnehmer besichtigten darüber hinaus den „Südpunkt“, der im Januar 2009 als multifunktionales Zentrum für Bildung eingeweiht wurde. Dort sind das Bildungszentrum der Stadt Nürnberg, das Amt für Kultur und Freizeit (KUF) und die Stadtbibliothek Nürnberg unter einem Dach vereint. Die Nürnberger Südstadt erhält Fördermittel aus dem EU-Ziel-2-Programm. Denn diesen industriell geprägten Stadtteil hat der strukturelle Wandel der vergangenen Jahrzehnte stark getroffen.

Christian Kellermann von der Friedrich-Ebert-Stiftung erläuterte die grundlegenden Probleme und Konzep-

te der EU-Sozialpolitik. Dabei führte er aus, dass es zwar eine genuine europäische Sozialstaatlichkeit gäbe, doch keinen EU-Sozialstaat. Die Union betreibe deshalb nur im begrenzten Umfang auch direkte Sozialpolitik mittels materieller Leistungen wie beispielsweise dem EU-Sozialfonds oder dem Globalisierungsfonds. Zwar seien die Kompetenzen der EU in diesem Bereich begrenzt, Einfluss könne die EU aber im regulativen Bereich geltend machen, etwa durch die Festlegung von Mindeststandards. Hinzu käme das „Soft Law“, also die nicht rechtsverbindliche Festlegung gemeinsamer Ziele und Koordinierung der daraus folgenden Maßnahmen. Kellermann nannte als Beispiel die Lissabon-Agenda bezüglich der Beschäftigungsquoten. Immer wieder entstanden Konflikte (u.a. bei der Dienstleistungs- oder Entsenderichtlinie) zwischen einer eher marktliberalen und einer stärker sozialpolitischen Ausrichtung des EU-Integrationsprozesses. Solche Auseinandersetzungen werden sich Kellermann zufolge auch künftig nicht vermeiden lassen.

Georg Moser vom Bayerischen Sozialministerium stellte Konzeption und Umfang der von der EU geförderten Programme in Bayern vor. Die Europaabgeordneten Kerstin Westphal (SPD) und Martin Kastler (CSU) diskutierten zusammen mit dem Sozialreferenten der Stadt Nürnberg, Reiner Prölß, und dem ehemaligen bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser die Frage, wie sozial Europa gestaltet werden sollte. ■

Wolfgang Quaisser

Im Wunderland der Eurokraten

Informationsreise für Journalisten nach Brüssel

Der Zeitpunkt hätte nicht günstiger gewählt werden können – Gesprächs- und Informationsbedarf gab es genug: Auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise und zeitgleich zum Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs reisten 22 Journalisten aus Bayern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen nach Brüssel. Auf Einladung der Akademie und der EU-Kommission ergründeten sie bei Informationsgesprächen mit EU-Beamten, Parlamentariern und Korrespondenten die aktuelle Lage und Verfassung der EU.

Der Themenbogen war weit gespannt: Er reichte von der Struktur- und Klimapolitik bis zu Menschenrechten und der Harmonisierung des Scheidungsrechts. EU-Abgeordnete wie Barbara Lochbihler von den Grünen, Kerstin Westphal (SPD) und Monika Hohlmeier (CSU) betonten das neue

dem Feld der Menschenrechte viel Handlungs- und Klärungsbedarf und sieht sich als Stachel im Fleisch der Kommission, die allzu oft pragmatisch vorgehe.

Westphal und Hohlmeier betonten die häufig fraktionsübergreifende Zusammenarbeit im Parlament, bei denen es



Die bayerische Europaabgeordnete Barbara Lochbihler von den Grünen engagiert sich stark für die Menschenrechte in der EU. Links Tagungsleiter Michael Schröder
Foto: Knobloch

Selbstbewusstsein des Europa-Parlaments gegenüber der früher übermächtigen Kommission. Nicht erst seit der Ablehnung des SWIFT-Abkommens mit den USA, bei dem es um zu lasche Datenschutzbestimmungen im Bankverkehr ging, lassen Parlamentarier die Muskeln spielen. Lochbihler, die früher Generalsekretärin von Amnesty International war, sieht besonders auf

häufig ungewohnte Bündnisse gegen Vorlagen der Kommission gebe. „Es fehlt die vom Landtag gewohnte Konfrontation zwischen Regierung und Opposition“, sagte Hohlmeier, die sich als Parlamentsneuling seit dem Sommer 2009 langsam in das europäische Geflecht der Institutionen einarbeiten musste. Den Vorwurf, der Plenarsaal sei allzu häufig leer, kennt sie: „Die Ar-

beit wird in den Ausschüssen gemacht. Drinnen sitzen meist nur die von der Tagesordnung direkt Betroffenen.“

Das Europäische Parlament ist das größte multinationale Parlament der Welt: Seine 736 Abgeordneten aus 27 Nationen vertreten derzeit rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Aus Deutschland kommen 99 Abgeordnete. Seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 hat das Europäische Parlament seine Kompetenzen Zug um Zug ausgebaut. Heute beschließt das Parlament zusammen mit dem Ministerrat Gesetze, die in allen Mitgliedstaaten der EU gültig sind und die das tägliche Leben aller EU-Bürger betreffen.

23 Amtssprachen kennzeichnen die Arbeit des Europäischen Parlaments, und die Arbeitsorte verteilen sich auf drei europäische Länder. Sitz des Parlaments ist Straßburg. Hier sind pro Jahr 12 Plenarsitzungen angesetzt. In Brüssel finden Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen statt und manchmal auch Plenarsitzungen, die oft nur ein, zwei Tage lang sind und im Sprachgebrauch der Parlamentarier „Mini-Sitzungen“ genannt werden.

Die Gespräche mit den EU-Beamten kreisten häufig um das Geld. 141 Milliarden Euro beträgt der Haushalt der Gemeinschaft in diesem Jahr (Bundeshaushalt 328 Milliarden Euro). 42 Prozent (knapp 60 Milliarden) gehen in die Entwicklung des ländlichen Raums, der modernen Landwirtschaft sowie hochwertiger Lebensmittel. 45 Prozent (65 Milliarden) fließen in nachhaltige Wachstumsförderung, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Bildung sowie die Stärkung des Wirtschafts- und Sozialgefüges. So erhalten jedes Jahr über neun Millionen Menschen Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds, der knapp 11 Milliarden Euro für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsmaßnahmen bereitstellt. ■

Michael Schröder

Arzt an Grenzen

Münchener Chirurg über seinen Einsatz in Haiti

Seine Mission ist noch nicht zu Ende: Drei Wochen lang hat der Münchener Unfallchirurg Matthias Richter-Turtur schwerverletzten Erdbebenopfern auf Haiti geholfen. Bei einem Interviewseminar stellte er sich den Fragen junger Journalisten.

Was Haiti jetzt ganz dringend brauche, sagte Matthias Richter-Turtur, sind orthopädische Werkstätten zur Herstellung von Prothesen. Drei Wochen lang hat der Mediziner dort Erdbebenopfern geholfen, die mit schwersten Quetschverletzungen überlebt haben. Häufig blieb dabei nur die Amputation das letzte Mittel. Die schweren Wunden werden den Opfern noch lange zu schaffen machen, prophezeite er.

Zwei Wochen vor seinem Besuch in der Akademie war der Arzt aus dem Katastrophengebiet nach Deutschland zurückgekehrt. Doch seine Mission ist nicht zu Ende: Seit seiner Rückkehr bemüht er sich in Deutschland um etwas, das in Haiti nicht mehr möglich war: Öffentlichkeit für die Situation herzustellen. Denn in dem Katastrophengebiet gebe es keine Zeitungen mehr, die die lokalen Nachrichten verbreiten könnten. „Ich möchte gerne, dass die Menschen das erfahren, was ich dort gesehen habe“, sagt er.

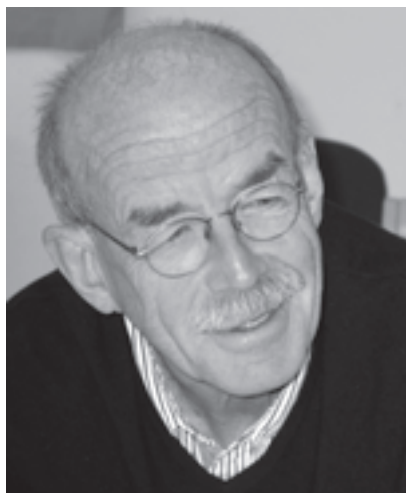
Er stellte sich einem Interview-Marathon ganz besonderer Art. Sein Gesprächspartner wird in dieser Stunde fünf Mal wechseln. Richter-Turtur trifft auf junge Journalisten, die alle dasselbe Ziel haben: In nur zehn Minuten wollen sie die wichtigsten Informationen des Augenzeugen erfragen. Im Gespräch mit ihm sollen die Teilnehmer ihre Fertigkeiten beim Interview verbessern.

Die Schwierigkeit bei ihm ist nicht, dass er nichts zu erzählen hätte. Im Gegenteil: Richter-Turtur will erzählen. Nach wie vor ist er voller Eindrücke aus dem Land, dem Elend und den Erinnerungen an die vielen Patienten, die er operiert hat. Die Schwierigkeit ist, seine Erzählungen zu lenken.

Einer der Volontäre will wissen, welches Bild sich Richter-Turtur während dieser Zeit ganz besonders eingeprägt habe. Der Chirurg zögert kurz und sagt dann: „Das ganze Leben in Haiti, die ungeheuren Zerstörungen ... Haiti ist eine Welt für sich.“

Keine Plattitüden

Zwei Wochen nach dem schweren Erdbeben ist Richter-Turtur für die Hilfsorganisation Humedica nach Haiti aufgebrochen. Es habe ihn überrascht, dass



Chirurg Matthias Richter-Turtur war als Helfer im Erdbebengebiet auf Haiti
Foto: Schröder

das Land sehr afrikanisch geprägt sei. Gleichzeitig war das für Richter-Turtur von Vorteil: Denn Afrika kennt der 62-Jährige von vorhergehenden Einsätzen als Unfallchirurg.

Richter-Turtur spricht ruhig, was er erzählt, ist wohlüberlegt. Und es klingt nicht nach einer Plattitüde, wenn er sagt, die Dankbarkeit seiner Patienten sei ihm ganz besonders in Erinnerung

geblieben. In seinen Schilderungen schwingt eine Bewunderung für die Menschen in Haiti mit und insbesondere für ihren Umgang mit der Katastrophe, die sie selbst und ihre Heimat noch über Jahre hinweg zeichnen wird.

Quetschungen und Lähmungen – das seien die häufigsten Verletzungen, mit denen er während seiner Zeit in Haiti konfrontiert wurde. Ganz besonders schlimm seien die Lähmungen. Zu solchen Erscheinungen komme es häufig, wenn jemand verschüttet wird, so Richter-Turtur. Durch die Quetschungen, die die Verschütteten erleiden, entstehen dauerhafte Nervenschädigungen. Und diese haben meist lebenslange Folgen für die Opfer. „Ein Beispiel: Ein 20-jähriges Mädchen, linker Arm amputiert und rechter Arm gelähmt. Die wird ihr Leben lang auf Hilfe angewiesen sein.“

Hinzu kommt das Schicksal der Haitianer – sie sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden, sagt Richter-Turtur. Und die Situation in dem Gebiet sei nach wie vor verheerend. Noch immer lägen Tausende Opfer in den Ruinen begraben. Und in Haiti fehlten die entsprechenden Räumgeräte, um die Trümmer zu beseitigen und um einsturzgefährdete Häuser abzutragen. Noch sei der Leichengeruch einigermaßen erträglich, „es riecht wie auf der septischen Station im Krankenhaus“. Doch das liege vor allem am Wetter: Noch ist es heiß und trocken. Ende März aber beginne die Regenzeit. Und mit dem Regen auch die Gefahr, dass die Trümmer und Ruinen weitere Häuser zum Einsturz bringen.

Richter-Turtur ist ein Mann, den eines antreibt: Das Gefühl, gebraucht zu werden, mit seinen Fähigkeiten anderen helfen zu können. Wenn er erzählt, wie er für seine Arbeit auf Haiti aus einfachen Geräten eine Wunddusche gebaut hat, kneift er die Augen hinter seiner Brille zusammen, legt den Kopf schräg und lächelt stolz. „Ja, es macht auch Spaß, wieder mal zu improvisieren. Chirurgie ist trotz aller High-Tech-Medizin doch eine sehr handwerkliche Sache.“

Man ahnt: Es wird nicht sein letzter Einsatz in einem Katastrophengebiet gewesen sein. ■

Kathrin Haimerl

Handeln im Wandel

Mensch – Technik – Umwelt

Die Lebenswelt wird immer komplexer, doch wie gehen wir normativ damit um? Diese Frage stand im Zentrum einer betont interdisziplinären Tagung.

„Wir wissen immer weniger über sehr viel“. Dies war eine der Diagnosen einer Akademieveranstaltung aus dem letzten Jahr über die Wissensgesellschaft (siehe Report 3/09, S. 8f.). Die Tagung „Mensch, Technik, Umwelt“ knüpfte daran an und fragte nach Orientierungswissen auf konkreten Feldern, die durch rasante Wissenszuwächse gekennzeichnet sind.

Grundlegend wurden zunächst die „Normen des Menschseins“ behandelt. Recht und Ethik des Lebens waren Gegenstand des Münchner Juristen und Philosophen Ino Augsberg, der sich mit Entscheidungsbefugnissen über Leben und Tod auseinandersetzte. Mit den „Ethiken des Entscheidens hinsichtlich von Geschlecht und Körper im Lichte technologischen Wandels“ befasste sich Paula-Irene Villa, Lehrstuhlinhaberin für Soziologie/Gender Studies an der Universität München. Auch das Thema Umwelt wurde aus mehreren disziplinären Perspektiven beleuchtet: Die umweltrechtliche Ausgestaltung der ökologischen Verantwortung aus rechtlicher Sicht war Gegenstand der Ausführungen von Michael Kotulla, Direktor des Instituts für Umweltrecht der Universität Bielefeld. Die Klimaproblematik erörterte Wolfgang Seiler, ehemaliger Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung in Garmisch-Partenkirchen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aufgrund der Veränderungen in Umwelt und Technik für unsere Ernährung? Einblicke zur Beantwortung dieser Frage ermöglichten der Leiter der Hermannsdorfer Landwerkstätten Karl Schweisfurth mit Ausführungen über

natürliche Lebensmittel und Gisela Horlemann vom Verbraucherservice Bayern über neue verbraucherrelevante Tendenzen und Standards. Ein Ausdruck der technisierten und ökologisch sensiblen Lebenswelt sind auch Regulierungsbedürfnisse des Weltraums. Die Regeln, die dort gelten und die, die noch gefunden werden müssen, präsentierte Mahulena Hofmann, Inhaberin der Jean-Monnet-Professur für Europarecht an der Universität Gießen.

Die Ausführungen und Diskussionen zeigten: um zu ausgewogenen Wertungen zu kommen, müssen die jeweiligen Handlungsfelder sorgfältig betrachtet und präzise eingeordnet werden. Dies wird zu einer immer größeren Herausforderung. Der interdisziplinäre Blick gewinnt dabei an Bedeutung. ■

Gero Kellermann

Tatort Gehirn?

Erkenntnisse der Hirnforschung und Folgen fürs Strafrecht

Der freie Wille ist Illusion: Diese These wollen Neurowissenschaftler mit Versuchen belegt haben. Sie fordern deshalb ein radikales Umdenken im Strafrecht. Die Soziologin und Philosophin Petra Gehring sieht das grundlegend anders. Bei der Tagung „Mensch, Technik, Umwelt – Spannungsfelder für Recht und Ethik“ erklärte sie, warum.

„Gehobenes Kaffeesatzlesen“: Scharfe Kritik hat Petra Gehring, Professorin für Philosophie und Soziologie, an populären Neurowissenschaftlern geübt. Und zwar insbesondere an deren Versuchen, Freiheit und Denken durch bildgebende Verfahren als illusionär und gegenstandslos zu entlarven. Doch dabei würden die Forscher grundlegende Überlegungen zum Begriff des freien Willens außer Acht lassen.

Die Beweiskette der Hirnforschung geht folgendermaßen: Ausgangspunkt ist die kritisierte These, die Entscheidung, die zu einer Handlung führe, basiere auf freiem Denken. Nun gingen aber lokale Energieverbräuche der

Aktion voraus. Aus diesem Nacheinander schließen die Forscher nun auf Kausalität: Hirnaktivitäten seien die Ursache für das, was uns sonst als freier Wille erscheine. Daraus wie-



Philosophin Petra Gehring kritisiert die Hirnforschung

derum leite die populäre Neurowissenschaft ihre Deutungshoheit auch über Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens ab. Mit ihren Laborergebnissen propagieren sie einen „Naturalismus ohne Natur“, in Bezug auf die Kriminalität spricht ein neueres Buch vom „Tatort Gehirn“.

Doch damit überhebe sich die Neurowissenschaft, sagte Petra Gehring. Zum einen würden bei dieser Debatte

kategoriale Unterscheidungen völlig außer Acht gelassen. Zum anderen seien die Versuchsanordnungen der Hirnforscher hochgradig unzuverlässig und lediglich scheinbar objektiv. In ihrer Analyse ging Gehring den strafrechtspolitischen Elementen der sogenannten Neurodebatte auf den Grund.

Ohne Freiheit kein Verschulden

So nenne der Hirnforscher Wolf Singer den freien Willen eine illusionäre Ansicht und Gerhard Roth fordert

das Gefühl der Verantwortung eingepflanzt und die physiologische Verbrechenursache entfernt werden. Doch in Bezug auf die Debatte um das Strafrecht seien die Neurowissenschaftler schlicht die falschen Experten, kritisierte Gehring. Schließlich gehe es im Strafrecht nicht um Tat-Ursachen, sondern um Tat-Bewertungen; und solche seien keine empirischen Kategorien.

Dem Schuldstrafrecht liege zudem kein kontrakausaler Freiheitsbegriff zugrunde: „Wir müssen nicht frei sein, um uns verschulden zu können, es

Im Mittelalter etwa habe man ganze Gruppen für unzurechnungsfähig gehalten. Dort habe man vermeintlich Besessene, Hexen und Heiden keinem rechtlichen Verfahren unterworfen, man habe sie stattdessen „behandelt“.

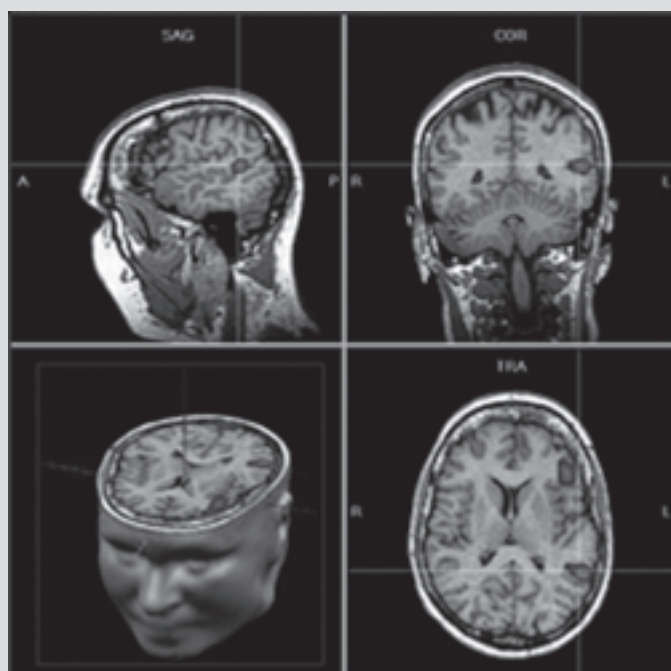
Gehirnwäsche statt Strafe?

Behandlung statt Bestrafung fordert auch die Neurojurisprudenz. Zwar müsse man nicht gleich an Umerziehungslager im chinesischen Stil denken, es sei aber klar, so der Hirnforscher Hans Markowitsch, dass alle denkbaren Maßnahmen eine Art Gehirnwäsche darstellten. Petra Gehring kritisierte diese Forderung nach einem Maßregelungsrecht. Dieses gibt es im deutschen Recht derzeit in Form der sogenannten Sicherungsverwahrung. Historisch ist die Möglichkeit der Maßregelung ein Erbe des Dritten Reiches.

„Wir landen sehr schnell in einer schönen neuen Welt“, so Gehring mit Blick auf die Regulierungsphantasien der Neurojurisprudenz. Erbaut wird diese Welt auf scheinwissenschaftlicher Grundlage: Straftaten werden pathologisiert und in ein Kausalschema eingefasst. Die Forschungsergebnisse spiegelten dabei vielfach lediglich die Fragestellungen der Wissenschaftler wider. Wenn beispielsweise der Straftäter durch Kooperation bei neurophysiologischen Tests Vorteile erhält und ihm die Neuropathologisierung als Schuldbefreiung eröffnet wird, so sagt er, was der Forscher hören will. Verbrechen müssten dann schließlich nicht mehr gesühnt, sondern repariert werden.

So stellte Gehring im Bereich der popularisierten Hirnforschung ein Grundmuster der Biopolitik fest: Individualisierung und Pathologisierung werden mit einem Heilungsversprechen kombiniert. In diesem Fall wäre es die Hirnforschung, die uns von aller Schuld befreien soll. ■

Michael Spieker



Neurowissenschaftler wollen durch Training des Gehirns die physiologische Ursache von Verbrechen entfernen

deshalb ein radikales Umdenken im Strafrecht. Ohne Freiheit könne es nämlich auch kein Verschulden mehr geben. Folglich müsse diskutiert werden, ob das Ich als Konstrukt oder das Hirn bestraft wird. Im Mittelpunkt der Strafjustiz sollte dann nicht mehr die Schuld, sondern die soziale Gefährlichkeit und die Vorbeugung stehen.

In der Strafjustiz, so erklärte Gehring den Ansatz der Hirnforschung weiter, würde dann das Paradigma der Besserung gelten. Durch Erziehung und Training des Gehirns sollte nun etwa

genügt, erwachsen und 'normal' zu sein“, erklärte Gehring. Es gehe also um die persönliche Zurechnung der Tat und um einen normativen Vergleich im Sinne der Frage: Was darf man normalerweise erwarten? Erwartbar sei zum Beispiel, dass sich auch derjenige ans Recht hält, der eine schwere Jugend gehabt hat. Lediglich die Unzurechnungsfähigkeit begründe eine Ausnahme von dieser Normalitätsforderung der Schuldfähigkeit. Würden wir uns jedoch allesamt für unzurechnungsfähig halten, erklärte Gehring weiter, so würde das Faustrecht gelten.

Die Säulen der Nachhaltigkeit

Technikphilosoph Christoph Hubig über Leitbild und Umsetzung

„Der Konsens über die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung verhält sich ungefähr umgekehrt proportional zu dem Streit um die Umsetzung dieses Prinzips“, so der Darmstädter Technikphilosoph Christoph Hubig im Rahmen der Tagung „Mensch, Technik, Umwelt“. Warum dies so ist, erläuterte er.

1987 brachte der Bericht der Weltkommission für Ernährung und Entwicklung das Leitbild Nachhaltigkeit („sustainable development“) in die weltweite Diskussion ein. Nach der maßgeblichen Definition meint eine nachhaltige Entwicklung eine ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung, die weltweit die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedigt,



Christoph Hubig: Ethik zwar ohne Macht, aber nicht irrelevant

Foto: Lohmann

ohne die Lebenschancen der zukünftigen Generationen zu gefährden. Dieser Grundsatz wurde 1992 in der Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung verankert. „Wie alle Leitbilder besteht auch das Leitbild der Nachhaltigkeit aus zwei Komponenten: der Wunschvision, die notwendig ergänzt wird durch die Machbarkeitsoption“, sagte Hubig. Hinsichtlich ihrer Umsetzung gibt es in der Nachhaltigkeitsforschung verschiedene Richtungen, die unterschiedliche Strategien verfolgen. Hubig sprach von einer „Versäulung“ der Nachhaltigkeitsdiskussion.

Drei Säulen

Er machte grundsätzlich drei solcher Säulen aus: die der Suffizienz, der Effizienz sowie der Konsistenz. Diese seien letztlich Resultat unterschiedlicher disziplinärer Orientierungen: Die ökologische Richtung der Nachhaltigkeit stelle die Naturgüter ins Zentrum und fordere – ausgehend von einer Naturethik als Pflichtenethik – deren Regenerierungsfähigkeit. Erreicht werden könne diese durch Suffizienz, also durch eine Strategie der Selbsteinschränkung hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs.

An ökonomischen Grundsätzen orientieren sich Nachhaltigkeitstheorien, die sich an der Optimierung der Wohlfahrt ausrichten. Danach dürfte die heutige Generation Güter nur so weit verwenden, als sie zukünftigen Ersatz für den Verlust dieser Güter anbietet. Nach diesem Ansatz dürfte sie beispielsweise die endlichen Kupfervorkommen dann verbrauchen, wenn sie einen funktionalen Ersatz dafür entwickelt. Es geht letztlich darum, Effektivität zu erzielen oder durch Effizienzerhöhung die Funktionsfähigkeit der Naturgüter länger zu erhalten. Ethischer Ankerpunkt dieser Linie ist die utilitaristische Ethik.

Die dritte Säule repräsentieren naturwissenschaftlich-kybernetische Richtungen. Hier geht es um den Erhalt der grundlegenden natürlichen Systeme, also um Konsistenz. Demnach muss die heutige Generation Systeme durch Anpassung erhalten. Ethische Grundlage ist die evolutionäre Ethik, also die Vorstellung, dass sich Nachhaltigkeit am Prinzip des Selbsterhaltes zu orientieren hätte. Hubig verwies auch auf

die sozialwissenschaftlich geprägte Nachhaltigkeitsdiskussion. Dabei ginge es auf Grundlage einer Vertragsethik darum, die Systeme reversibel zu halten, um Sachzwänge für zukünftige Generationen zu vermeiden. Nach dieser Richtung ginge es um die Konsistenz der Strukturen zur Herausbildung entscheidungsfähiger Subjekte.

Kein luftleerer Raum

Die Versäulung der Diskussion über Nachhaltigkeit führt Hubig zufolge zu Schwierigkeiten. Denn diese Linien könnten zu Wertkonflikten führen. So stehen Umweltqualität und Gesundheit nur auf den ersten Blick in einem unproblematischen Verhältnis. Zielkonflikte würden sich allerdings ergeben, wenn der Erhalt der Gesundheit mit einem ventilartigen Erholungstourismus und aufwändiger Medikamentenproduktion angestrebt wird. Nachhaltigkeitskonzepte, die versuchen, alle Säulen zu integrieren, würden diesen Konflikt nur fortsetzen.

Wie soll sich nun der Einzelne vor dem Hintergrund solcher Zielkonflikte verhalten? Jeder solle sich, so Hubig, „Gedanken machen und versuchen, über aktives Engagement, zum Beispiel in einer NGO, indirekt politisch Einfluss zu nehmen“. Ethik könne bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zwar keine politische Macht zukommen, jedoch sei sie auch nicht irrelevant. Ethische Orientierung werde Hubig zufolge dann abgerufen und eingefordert, wenn es um die Spezifizierung von juristischen Generalklauseln geht, aber auch schon vorher, nämlich wenn die Schaffung neuen Rechts diskutiert wird: „Rechtsetzung findet nicht im luftleeren Raum statt. Sie findet vielmehr unter bestimmten Orientierungen statt, die von vielerlei Institutionen bis hin zur Mehrheit der Einzelnen abgerufen und eingefordert werden. Dazu gehört auch ein Lobbyismus im guten Sinne“, sagte Hubig.

■ Gero Kellermann

In guter Gesellschaft?

Brauchen wir die Idee eines gemeinsamen Guten oder reicht es, wenn jeder für sich selbst seinen Wertehimmel bestimmt? Lässt sich überhaupt bestimmen, was gut ist? Die Tagung „Über Güter, Werte und das Gute“ fragte nach der Integrationskraft von Ideen. Philosophen und Soziologen gaben Antworten und die Politik formulierte die Herausforderungen der Zukunft.

Arbogast Schmitt, Altphilologe aus Marburg, fing bei den alten Griechen an und zeigte zwei unterschiedliche Wege zur Bestimmung des Guten auf: Einerseits den Weg Platons und Aristoteles', für die das Glück des Einzelnen nicht getrennt vom Guten des Ganzen verwirklicht werden kann, und andererseits den Weg der Stoa. Für diese liegt das Gute in der Selbsterhal-



Arbogast Schmitt: „Selbstbestimmung überlastet viele“

tung. Ebenso wie die Neuzeit sah bereits die Stoa die Selbstbehauptung als unhinterfragbares Ziel jedes Einzelnen an. Wer aber die Behauptung des Selbst an den Anfang stellt, der macht eine entscheidende Voraussetzung, nämlich die Entgegensetzung von Ich und Welt. Wo Ich und Welt nicht voneinander getrennt sind, ergibt die Selbstbehauptung keinen Sinn.

Die Verfügung über den eigenen Tod ist in der stoischen Philosophie der höchste Punkt der weltlosen Selbstbestimmung. Gegenwärtige Debatten über die Selbstbestimmung am Le-

bensende zeigen die Zeitlosigkeit der stoischen Philosophie. Die Schule der Akademie sah das gelingende Leben hingegen in der Verwirklichung der individuellen Fähigkeiten. Schmitt resümierte daher: „Die Überzeugung, immer schon ein selbstbestimmtes Wesen zu sein und den eigenen Werten gemäß leben zu können, überlastet viele, wenn sie dieses vermeintlich angeborene Recht realisieren wollen.“

Die aristotelische Einsicht, dass der Mensch das tatsächlich Angenehme erst schmecken lernen muss, führt dazu, eine Kultur der Gefühle zu suchen. Indem jeder seine Fähigkeiten erprobt und so durch Bildung findet, welche Entfaltung ihm am meisten gemäß und dadurch am lustvollsten ist, wird das Glück nicht zu einer Augenblickserfahrung, sondern zum Ausdruck einer gelingenden Selbstverwirklichung, die den Anspruch, selbstbestimmt zu sein, überhaupt erst einlösen kann.“

Wahrheitssuche

Die Politologin Barbara Zehnppennig von der Universität Passau fragte nach der Aufgabe der Wissenschaften. Unschwer zu erkennen, liegt sie in der Wahrheitssuche. Damit ist aber eine Umwendung des Blicks notwendig. Nicht nach subjektiven Meinungen, sondern nach den betrachteten Sachverhalten richtet sich das wissenschaftliche Forschen. Ihre Rationalität erweisen die Wissenschaften gerade in der Loslösung von individuellen Interessen. Nur dann verdient eine Wissenschaft ihren Namen und ist also „gute Wissenschaft“. Diese Eigengesetzlichkeit ist jedoch starken Anfechtungen ausgesetzt, beispielsweise wo vorder-

gründig die Anwendbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnis eingefordert wird: „Wirtschaft und Wissenschaft haben ihr Recht in ihrem Bereich. Unterwirft man die Wissenschaft wirtschaftlichen Maßstäben, so wirkt diese Anforderung an ihren äußeren Nutzen negativ auf ihr inneres Gutes zurück. Schnelle Ergebnisse erzielen zu wollen, bedeutet den Verzicht auf Grundlagenforschung. Auftragsforschung kann dazu verleiten, dem Auftraggeber genehme Ergebnisse zu produzieren.“



Barbara Zehnppennig: Rationalität der Wissenschaft liegt in der Loslösung von individuellen Interessen

Fixierung auf den Holocaust

Am berühmten Höhlengleichnis Platons orientierte der Freiburger Philosoph Wilhelm Metz seinen Gang durch die Geschichte der Philosophie. Platon verglich das Gute einst mit der Sonne, den üblichen Aufenthaltsort der Menschen sah er jedoch in der Dunkelheit einer Höhle. Dort sind die Menschen gefesselt in falschen Ansichten.

Doch jede Epoche kannte auch eine „Sonne auf Erden“. So sahen die Griechen in der Polis das gegenwärtige Gute. Im Mittelalter repräsentierte die Kirche und in der Neuzeit der Staat die verwirklichte Vernunft. Was aber wären Höhle und Sonne der Gegenwart? Metz sah sie einerseits in der postmodernen Fixierung auf den Holocaust. Wo der Tiefpunkt der Moderne als Vernichtung der Sonne der Ver-

nunft angesehen wird, etwa wenn gesagt wird, nun könnten keine Gedichte mehr geschrieben werden, da werde der Holocaust auf perverse Weise zu einem neuen Mythos verklärt. Selbst Heidegger wusste, dass die Macht des Führers überschätzt werde, wenn man ihm die Kraft zur Vernichtung des Guten zuschreibe. Heute liege die Aufgabe in der neuen Versöhnung der Gegensätze, in ihr liege das Gute der Gegenwart.

Rückkehr der Sozialen Frage

Vor dem Hintergrund der seit den 1970er Jahren zu beobachtenden „Rückbildung des Staates“ sprach der Soziologe Jörg Reitzig Ludwigshafen von der Rückkehr der Sozialen Frage. Der Arbeitsmarkt verliert zunehmend seine Integrationskraft und die Gesellschaft driftet auseinander. Diese Entwicklung wird auch von einer ideenpolitischen Bewegung begleitet: Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit, die eigentlich zusammen gehören, würden zunehmend gegeneinander ausgespielt. Entscheidend für zivilisatorischen Fortschritt sei aber auch weiterhin der allgemeine Zugang zu öffentlichen Gütern.

Dass sich die Hochschätzung des Wertes der Solidarität unabhängig vom Umbau des Sozialstaates nicht verändert hat, konnte Carsten Ullrich, Essen, empirisch belegen. Er untersuchte die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates und fand heraus, dass Unzufriedenheit eher aufgrund seiner unzureichenden Funktion herrscht und nicht weil die Solidarität zugunsten der „Eigenverantwortung“ an Überzeugungskraft verloren hätte.

Wie öffentliche Güter entwertet werden, beschrieb Tim Engartner am Beispiel der Bahnprivatisierung. Nicht Effizienzsteigerung und Wettbewerb standen nach Engartners Meinung an deren Wiege. Handlungsleitend seien hier vielmehr private Gewinnabsichten und ein falsches Bild der Aufgabe des Bahnverkehrs, der nach dem Vorbild des Flugverkehrs umgestaltet werde.

Wie formulieren junge Politiker ihre Vorstellung einer guten Gesellschaft? Marietta Eder, Vorsitzende der bayerischen Jusos, zitierte Willy Brandt.

Stefan Müller, Vorsitzender der Jungen Union in Bayern, sprach von der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.



Marietta Eder: möglichst geringe Unterschiede in einer guten Gesellschaft

Während Eder fordert, dass in einer guten Gesellschaft die Unterschiede möglichst gering sein sollten, betont Müller, die Menschen seien nun einmal unterschiedlich und müssten in ihrer Unterschiedlichkeit bestmöglich gefördert werden.

Deshalb plädierte Müller dafür, dass jeder in einer Gesellschaft die Chance haben müsse, sich selbst zu verwirklichen. Eder konterte, es sei entscheidend, dass sich der Einzelne so verwirklichen könne, wie er das möchte. „Das Wort Chance würde ich nicht vor das Wort Gerechtigkeit schreiben.“ Heute beobachte sie eine Entwicklung hin zu einer „zunehmend ständischen Gesellschaft“. Es sei Aufgabe der Politik, dem entgegenzuwirken.

So unterschiedlich die Positionen der beiden auch waren: Als Marietta Eder sagte, „ich finde es extrem wichtig, im Dialog zu bleiben“, nickte Stefan Müller. Denn schließlich stehe Politik im Zentrum einer Gesellschaft. Die Frage, wie eine Generation das gemeinsame Gute definiere, müsse sie sich immer wieder stellen, immer wieder neu beantworten. ■

Michael Spieker

Briefe an die Redaktion

„Wertvolles Dokument“

Ich möchte mich ganz herzlich für die Zusendung des neuesten Akademie-Reports bedanken und dazu gratulieren, da er inhaltlich wie formal weit mehr bietet als einen gewohnten Arbeitsbericht, nämlich ein wertvolles Dokument für fundierte politische Bildung.

Für mich ist es zugleich eine schöne Erinnerung an meine früheren Aufenthalte in Tutzing und die Begegnung mit Referenten, die z.T. auch hier wieder erscheinen wie Gerhart Baum, Max Kaase u.a.. Durchweg alle Beiträge finden mein lebhaftes Interesse und meinen Beifall.

*Prof. Dr. Ernst-August Roloff,
Universität Göttingen*

„Lesenswerte Lektüre“

Eine durchwegs sehr lesenswerte Lektüre! Nicht zu lange, flott geschriebene Beiträge der Redaktion bzw. der Mitarbeiter der Akademie, interessante Interviews mit wichtigen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten, einschließlich Fotos. Summa Summarum: Sehr gut. ...

*Dr. Wolfgang Quint,
ehemaliger Amtschef des
Bayerischen Wissenschafts-
ministeriums*

Fruchtbare Kooperation mit Tradition

Akademie und Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.
blicken auf bisher 13 gemeinsame Veranstaltungen zurück

In diesem Jahr können die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. (DVParl) und die von ihr herausgegebene Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) ihr 40-jähriges Bestehen feiern. Gegründet wurde die Vereinigung am 21. Januar 1970 von Wissenschaftlern, aktiven Politikern, Journalisten und Angehörigen der Parlamentsverwaltung – nach dem Vorbild bereits bestehender Vereinigungen und Publikationsorgane in England und den USA.

Mit den Worten ihres ersten Vorsitzenden, des Fraktionsvizes der SPD im Bundestag, Hans Apel, war die Vereinigung gedacht, als Plattform „zur kritischen Analyse und Weiterentwicklung des parlamentarischen Systems in Richtung humanerer und sozialerer Ordnung“ zu fungieren. „Unter diesem Aspekt“, so Apel weiter, „möchte die Vereinigung Wissenschaftlern in ihrer gelegentlichen Praxisferne, Praktikern in ihrem gelegentlichen Mangel an Konzeption, Journalisten bei ihrer Informations- und Kritik-Aufgabe sowie Lehrenden an Schulen und Hochschulen helfen.“ Dieser Aufgabenstellung gedachte man durch öffentliche Veranstaltungen, intensive Seminare und vor allem auch durch die „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ nachzukommen. In ihrem Bemühen um fundierte politische Aufklärung und Information sowie um rationalen Diskurs waren die DVParl und die Tutzinger Akademie für Politische Bildung jedenfalls von Anfang an natürliche Verbündete. Und so überrascht kaum die inzwischen langjährige gemeinsame Veranstaltungstradition.

Auftakt mit Hindernissen

Das Programm fertig, die Einladungen längst verschickt, da musste die für den 8. Mai 1972 angesetzte erste Kooperationsstagung der Akademie mit der damals noch jungen Vereinigung buchstäblich in allerletzter Minute abgesagt werden; und zwar „aufgrund der Vorgänge in Bonn“ sowie der damit ver-

bundenen „verständlichen Verhinderung der Abgeordneten“, wie es im Akademiearchiv steht.

Was war geschehen? Nach 20-jähriger Regierungszeit von CDU/CSU wurde am 21. Oktober 1969 Willy Brandt zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef nach dem Krieg gewählt. Brandts Regierungserklärung unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ signalisierte eine neue Aufbruchstimmung. Die SPD/FDP-Regierung setzte im Äußeren auf Entspannung gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes. Das Bild von Brandts Kniefall in Warschau ging um die Welt. Nach und nach begann jedoch die sozialliberale Mehrheit im Bundestag im Streit um die Ostpolitik durch einige „Abweichler“ in den Reihen der SPD zu bröckeln. Brandts Gegenspieler Rainer Barzel, seit 1957 im Bundestag und von 1964 bis 1974 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nutzte die Lage für das erste konstruktive Misstrauensvotum (nach Artikel 67 GG) gegen einen bundesdeutschen Kanzler. Doch Barzel scheiterte. Statt der erforderlichen 249 Stimmen vermochte er bei der Abstimmung am 27. April 1972 lediglich 247 Stimmen auf sich zu vereinigen. Heute wissen wir: Die Stasi hatte ihre Hand im Spiel.

Trotz des gescheiterten Misstrauensantrags blieb die Regierung Brandt handlungsunfähig; das zeigte sich bereits am folgenden Tag bei der Ablehnung des Bundeskanzleretats auf-

grund eines Stimmenpatts im Parlament. Daraufhin wurden die Haushaltsberatungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen – und die geplante Tutzinger Tagung musste notgedrungen entfallen.

Erste Tagung zur Opposition

Die erste gemeinschaftliche Studientagung zur „Opposition im parlamentarischen Regierungssystem“ fand schließlich mit knapp einjähriger Verspätung vom 2. bis 3. Mai 1973 in Tübingen statt.

In der gut besuchten Konferenz wurden von namhaften Wissenschaftlern und Politikern begriffliche Klärungen sowie Analysen der Erscheinungsformen von Opposition in der Bundesrepublik und im internationalen Vergleich vorgenommen. Die abschließende öffentliche Podiumsdiskussion fokussierte auf die prinzipielle und aktuelle Spannweite des Verhältnisses von Regierung und Opposition in Deutschland; sie wurde bestritten vom inzwischen zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt avancierten Hans Apel, dem baden-württembergischen FDP-Bundestagsabgeordneten Martin Bangemann und dessen Kollegen Carl Otto Lenz von der CDU und Hermann Höcherl von der CSU sowie dem Bayerischen Kultusminister Hans Maier. Die Tagung wurde ein voller Erfolg.

Den personellen Dreh- und Angelpunkt der Kooperation mit der DVParl bildete von Beginn an bis heute Heinrich Oberreuter. Damals noch Wissenschaftlicher Assistent am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München geht schon die Programmplanung der „Oppositionstagung“ von 1973 maßgeblich auf ihn zurück. Ab 1971 Mitglied des Vorstands, ist Oberreuter seit 2000 stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung. ■

Steffen H. Elsner

Extremsportler mit wissenschaftlichem Ehrgeiz

Ondrej Kalina ist neuer Persönlicher Referent des Akademiedirektors

Seit dem 1. März ist Ondrej Kalina (30) der neue Persönliche Referent des Akademiedirektors und folgt damit auf Stefan Köppl, der als Assistent nun den Arbeitsbereich „Gesellschaftlicher und Politischer Wandel“ betreut. Kalina ist 1980 in der damaligen Tschechoslowakei geboren, aufgewachsen und zur Grundschule gegangen. Seine Eltern standen als aktive Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 unter ständiger Beobachtung der Staatssicherheit. Sie lebten mit Repressionen und hatten Ausreiseanträge gestellt. Sein Vater verlor deshalb seine Arbeit als Ingenieur bei den Skoda-Werken in Pilsen.

Report: Herr Kalina, wann kamen Sie nach Deutschland?

Kalina: Nach der samtenen Revolution und der Grenzöffnung konnte ich ab 1990 die Volksschule in Bayerisch Eisenstein direkt an der Grenze besuchen. Wir lebten auf tschechischer Seite im Haus meiner Großeltern. Später wechselte ich auf das Gymnasium in Zwiesel und habe dort Abitur gemacht.

Sind Sie Tscheche oder Deutscher?

Ich habe den tschechischen Pass und fühle mich als Europäer.

Träumen Sie deutsch oder tschechisch?

Mal so, mal so. Kürzlich habe ich englisch geträumt.

Wie kommen Sie zur Mail-Adresse „Elitenetzwerk.de“?

Während meines Promotionsstudiums von 2005 bis 2008 an der Universität Passau hatte ich ein Stipendium des Freistaats Bayern für die Eliteförderung. Dort bekommt man diese Mail-Adresse zur lebenslangen Nutzung verliehen.

Worüber haben Sie promoviert?

Über Integration und Zusammenwachsen in der Europäischen Union. (Anm. der Redaktion: Die Dissertation findet sich unter Neuerscheinungen auf Seite 26 in dieser Report-Ausgabe)

Wo haben Sie vor Ihrem Wechsel nach Tutzing gearbeitet?

Unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter bei

Prof. Oberreuter an der Universität Passau.

Fiel der Abschied von Passau schwer?

Einerseits schon, nach einer schönen Lebensetappe dort. Andererseits war er aber auch überfällig. Ich war zehn Jahre dort. Beizeiten muss man sich beruflich neu orientieren. Und Freunde und Kollegen zerstreuten sich allmählich auch in alle Richtungen.

Ist Ihre Freundin mit nach Tutzing gegangen?

Sie promoviert noch in Passau. Sie ist aber Oberbayerin und liebt die Berge genauso wie ich. Da ist der Standort Tutzing ideal.

Warum lieben Sie die Berge?

Dort kann ich meine Leidenschaft für Sport am besten ausleben.

Welche Sportarten betreiben Sie?

Bergsteigen, Klettern und Skifahren. Ich laufe auch gerne und lang.

Wie lang?

Die größte Distanz waren 116 mal 400 Meter bei einem Sportfest zugunsten von Amnesty International. Sonst gerne auch Halbmarathon.

Spielt Politik auch in Ihrer Freizeit eine Rolle?

Ich habe mich seit meiner Jugend sehr für die deutsch-tschechische Aussöhnung und Partnerschaft engagiert. Das tue ich auch heute noch.

Sind die Menschen in Deutschland und Tschechien mit der Aussöhnung und Bewältigung ihrer Vergangenheit und Geschichte schon weiter als die Politiker?

Die Vertreibung und die Diskussion über die Gültigkeit der Benesch-Dekrete belastet das friedliche Miteinander der jungen Generation nicht mehr. Politisch und rechtlich sind diese Fragen differenziert zu betrachten. Aber für das praktische Zusammenleben spielen sie immer weniger eine hemmende Rolle.



Ondrej Kalina
Foto: ms

Wo sehen Sie sich beruflich in fünf Jahren?

Ich möchte an der Nahtstelle von praktischer Politik, wissenschaftlicher Forschung und politischer Bildung arbeiten. Ich möchte die Dinge verknüpfen. Das kann hier in Tutzing sein, in einem Think-tank oder auch in anderen Akademien. Ich bin da nicht festgelegt. Die reine akademische universitäre Laufbahn ist aber nichts für mich.

Was ist Ihre größte Stärke?

Mein Ehrgeiz.

Und Ihre größte Schwäche?

Mein Ehrgeiz.

Was war in den ersten Wochen Ihrer Arbeit hier das Spannendste und Aufregendste?

Die ständige Improvisation rund um Tagungen und Termine des Direktors während des Flugverbots in Europa wegen der isländischen Vulkanaschenwolke. ■

Das Gespräch führte
Michael Schröder

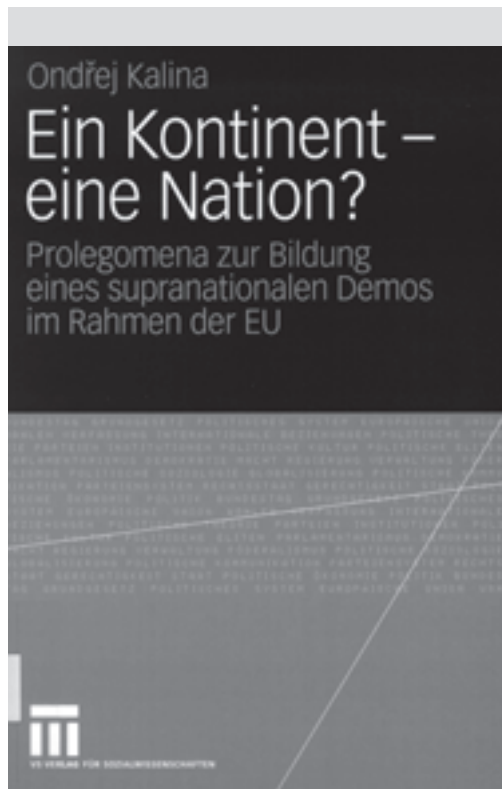


Heinrich Oberreuter

Wendezeiten

Zeitgeschichte als Prägekraft politischer Kultur
München 2010, Olzog Verlag, 384 S., EUR 29,90
ISBN 978-3-7892-9290-3

Historische Erfahrung prägt politische Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen. Die politische Kultur der Deutschen ist durch sie in besonderer Weise geformt worden – mit erheblichen Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat wie für die Verfassungspolitik. Der thematische Bogen dieses Bandes spannt sich von der Weimarer Republik über die NS-Diktatur bis zum Neubeginn einer geglückten Demokratie und zur Wiedervereinigung. Im Kern ist sein Thema der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur, der in ausgewählten Aspekten beleuchtet wird: autoritärer Wandel einer ungefestigten Demokratie, Weltanschauungskampf einer inhumanen Ideologie nach innen wie nach außen, die bewussten Schlussfolgerungen aus diesen Hypothesen mit dem Grundgesetz, die Systemgegensätze zwischen BRD und DDR, die wiedergewonnene Einheit.



Ondřej Kalina

Ein Kontinent – eine Nation?

Prolegomena zur Bildung eines supranationalen Demos im Rahmen der EU
Wiesbaden 2009, VS Verlag, 515 S., EUR 59,90
ISBN 978-3-531-16821-0

Dass es der Europäischen Union selbst schwer fiele, die demokratischen Mindeststandards für eine Aufnahme zu erfüllen, ist inzwischen ein gern ventiliertes Bonmot. Vor allem verweist es auf ein Demokratiedefizit der EU, das sich bei näherem Hinsehen jedoch als europäisches Demokratiedilemma entpuppt: ‚Demokratisches Regieren‘ ist nämlich erst in einer Gemeinschaft möglich, die sich auch als solche versteht. Denn nur dann sind Minderheiten gewillt, Mehrheitsbeschlüsse als auch für sie bindend anzuerkennen, und nur dann können sozialpolitische (Re-)Distributionsmaßnahmen allgemeingültige Akzeptanz finden. Die Studie entwickelt unter Zuhilfenahme eines originellen Konzeptes ganzheitliche Strategien, wie und mit welchen Resultaten sich jenes Dilemma durch ein spezifisches europäisches ‚Nation-building‘ durchbrechen lässt. Dabei richtet sie sich mit ihren pragmatischen Reformvorschlägen vorrangig an die Politik, mit der Bereitstellung ihres Analyse- rasters zugleich aber auch an die Europawissenschaften.

Renate Wolf-Götz berichtet im BJVreport 1/2010:

Qualität am unteren Limit

Auf der Suche nach Schuldigen am „Verfall der Sitten“ in den Medien

So deutlich wie Marcel Reich-Ranicki bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises hatte es bisher keiner auf den Punkt gebracht. Das Fernsehen sei niveaulos geworden, die Qualität rapide gesunken, polterte der Literaturkritiker und lehnte damit die Annahme des Preises als für seine Leistung unwürdig ab.

Wasser auf die Mühlen des Feuilletonchefs der ZEIT, Jens Jessen. Auf einer gemeinsamen Tagung der beiden Tutzinger Akademien mit dem Titel „Qualität unter Druck“ befand er im Einklang mit Reich-Ranicki: „Allenfalls die Spartenkanäle rechtfertigen noch die Rundfunkgebühr.“ Ansonsten beobachte er eine Vulgarisierung, ja, einen „Verfall der Sitten“, so Jessen in der ihm eigenen Attitüde der Überheblichkeit. Die Volksmusikshows seien so

ein Beispiel zur Volksverdummung. Absurd finde er auch den allgegenwärtigen Quotenmaßstab, der selbst für die Hauptnachrichten gelte. „Auf eine schlechte Quote folgt die Qualitätsabstufung“, klagte Jessen. Dabei sei eine schlechte Quote kein Maßstab für schlechten Inhalt. „Da braucht das Publikum nur ein bisschen Nachhilfe“, glaubt der Kulturmann.

Nicht nur die Hochkultur habe im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ihre Berechtigung, konterte Volker Herres. „Wir machen Fernsehen für alle“, so der ARD-Programmdirektor. Zudem sei die Quote nur eines der Kriterien. Dass die Öffentlich-Rechtlichen noch eine Domäne für Qualitätsjournalismus seien, habe sich bei der letzten Bundestagswahl gezeigt: „69 Prozent der Wähler haben sich bei uns infor-

miert“, gab Herres bekannt. „Das zeugt doch von Wertschätzung.“

Während für ihn die Reichweite zählt, fragmentiert laut dem Philosophen Richard David Precht das Internet die Öffentlichkeit. 96 Prozent der 14- bis 29-Jährigen informieren sich hauptsächlich im Netz, bilanzierte Volker Lilienthal. Da werde bewertet und abgewählt, was gerade nicht passt. Hierin sieht der Professor für Qualitätsjournalismus allgegenwärtige Quotenmessung. Eine neue Kundenorientierung, die nicht grenzenlos sein dürfe. Das schade nicht nur der Demokratie. Auch das Wertebewusstsein schwinde zusehends. „Das Publikum will für journalistische Arbeit nicht mehr bezahlen“, folgerte Lilienthal ...

*Siehe Bericht im
Akademie-Report 1/10, Seite 19-22*

Hans M. Götzl im STRAUBINGER TAGBLATT vom 16. März 2010:

„Die Krise ist noch nicht ausgestanden“

... Haben wir aus der Krise, die das Zusammenbrechen der US-Investmentbank „Lehman Brothers“ ausgelöst hat, etwas gelernt? Daran hat auch Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon auf den ersten Blick seine Zweifel. Denn, das „Casino“ in der Wall Street und der Londoner City scheine bereits wieder geöffnet zu sein. Einige US-Banken meldeten zudem schon wieder Milliarden Gewinne für 2009 und die Boni für Banker großer amerikanischer Geldhäuser überstiegen 2009 sogar noch das Volumen von 2008.

... Harold James, Professor an der Princeton Universität und führender

Wirtschaftshistoriker, prophezeit dagegen im bayerischen „Think Tank“ Tutzinger, dass die Gewinner der Globalisierungswelle in den letzten 20 Jahren an Bedeutung verlieren werden und die großen Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien sich zu imperialen Mächten entwickeln werden. James bedauert, dass es – wie in der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre – auch heute noch keinen geeigneten Rahmen gebe, um diesem Übel Herr zu werden. „In der Krise denken wir nach wie vor viel zu national und in Verteilungskonflikten, anstatt gemeinsam zu handeln“, so der Professor. Das sei kein gutes Omen. Einen

Vorgeschmack möglicher politischer Spannungen liefere bereits die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen der EU und den USA, wie sie bei der Entscheidung über die Tankflugzeuge zugunsten von Boeing jüngst deutlich zum Ausdruck kam. Airbus hatte zwar das bessere Angebot gemacht, am Ende aber trotzdem das Nachsehen. Auf die Frage, ob die EU durch die sich anbahnende geopolitische Umwälzung langfristig marginalisiert werde, antwortete Professor James trocken: „Ich glaube, sie macht das bereits schon selbst.“

Siehe Bericht Seite 3-5

Silvia Ihring schrieb am 6. März 2010 im STARNBERGER MERKUR:

Haiti-Helfer als Interviewpartner

... Die elf Jungjournalisten waren Teilnehmer eines fünftägigen Seminars in Tutzing. So auch Dagmar Fuhrmann. Sie gehört zu den „alten Hasen“ der Branche. Seit 15 Jahren arbeitet sie im Redaktionsbüro in Berching für die Mittelbayerische Zeitung. Trotz ihrer Erfahrung sieht sie das Seminar als Chance für sich. „Da bekomme ich ein paar neue Impulse und kann mein eigenes Arbeiten auf den Prüfstand stellen.“

Sie habe durch das Seminar bereits festgestellt, „wo ich meine Schwächen habe“. Fuhrmann gehört zu den fünf Teilnehmern, die Richter-Turtur für jeweils zehn Minuten interviewt haben. Mit dabei die Videokamera, die das Gespräch aufzeichnet. Später sollen die Interviews analysiert und besprochen werden.

Turtur erwies sich als angenehmer Gesprächspartner. Ruhig und detail-

liert antwortete er auf die Fragen der Interviewer. Manchmal verlor er sich in seinen Ausführungen über medizinische Details. Nach einer Stunde Reden zeigte er keine Spur von Müdigkeit. „Ich fand es super, hier mitzumachen“, zog er ein positives Resümee. Mit jedem Seminarteilnehmer sei das Interview „ein bisschen unterschiedlich“ abgelaufen. Richter-Turtur musste sich nicht über sich wiederholende Fragen langweilen: „Ich habe mich eher selber gefragt, ob ich nicht schon wieder dasselbe erzähle.“ Ihm sei es vor allem ein Anliegen, dass die Situation in Haiti und die Problematik der medizinischen Versorgung dort bekannt werde. Schließlich seien die angehenden Redakteure „irgendwann die Meinungsbildner“, sagt der Mediziner.

Siehe Bericht Seite 18

DEUTSCHE PRESSEAGENTUR (dpa) vom 21. März 2010:

Knobloch sieht Mentalitätswechsel

Einen Mentalitätswandel in den jüdischen Gemeinden sieht die Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch. Auf einer Tagung an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing sagte sie nach Mitteilung eines Sprechers der Einrichtung, das deutsche Judentum zeige sich selbstbewusster, die Gemeinden würden sich verstärkt gegenüber den nichtjüdischen Bundesbürgern öffnen.

Das neue Selbstbewusstsein komme auch in der Gründung neuer Synagogen wie in Berlin, Dresden, Schwerin, Limburg oder Chemnitz zum Ausdruck. Die Öffnung der jüdischen Gemeinden nach außen sei zudem nötig, da es in wenigen Jahren „keine Opfer oder Täter“ mehr geben werde. „Spätestens dann wird hoffentlich der letzte Ignorant einsehen, dass wir uns nicht mehr über Schuld und Schmach unterhalten müssen, dafür umso mehr um Verantwortung“, sagte Knobloch laut der Mitteilung.

DEUTSCHER DEPESCHENDIENST (ddp) vom 21. März 2010:

„Gemeinsames Erbe und gemeinsame Verantwortung“

Die Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, fordert eine stärkere gegenseitige Öffnung zwischen Deutschen und Juden. Man müsse miteinander an einer Normalität arbeiten, sagte Knobloch am Sonntag auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. „Nicht Schmach und Schande“, sondern „gemeinsames Erbe und gemeinsame Verantwortung“ müssten im Zentrum der Beziehungen stehen.

Zu einer Normalität gehöre auch wechselseitige, freundschaftliche Kritik. Wenn man nicht mehr darüber nachdenke, ob und wie man sachliche Kritik auch an Israel aussprechen könne, sei ein wichtiges Ziel erreicht. Auch der Zentralrat sehe „einige Dinge sehr sehr kritisch“, sagte Knobloch. Gleichzeitig wandte sie sich gegen eine polemische und antisemitische Gleichsetzung von in Deutschland lebenden Juden mit der israelischen Politik.

Knobloch warnte zudem vor antisemitischen Ressentiments in der deutschen Gesellschaft. Für die jüdische Gemeinde gelte es, diese durch Öffnung und Präsenz im öffentlichen Leben zu bekämpfen. „Wir wollen nicht länger ein Rätsel sein“, sagte Knobloch. Als „gefährlich“ bezeichnete sie auch mögliche Zusammenschlüsse nationalistischer und islamistischer Antisemiten.

Siehe Bericht Seite 8-10

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J u n i

22-1 4. – 6. Juni

Das Verbrechen – Kriminalität im Schatten der Gesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Gero Kellermann / Jochen Wagner

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Tagungsort: Evangelische Akademie, erhöhte Tagungsgebühr!

23-1 7. – 10. Juni

Die Europäische Union auf dem Weg aus der Krise?

Demokratisierung, Bürgerbeteiligung und globale Herausforderungen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Gero Kellermann / Harald Geiss

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

23-2 11. – 13. Juni

Baupläne internationaler Politik im 21. Jahrhundert

Leitung: Heinrich Oberreuter / Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-3 13. Juni

Frauen gestalten Politik

13. Passauer Tetralog

Im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Passau

24-1* 14. – 18. Juni

Fakultas Sozialkunde: Prüfungsvorbereitung

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

2. Sequenz / 6. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

25-1* 22. – 24. Juni

Praxis der politischen Bildung für zukünftige Einheitsführer

In Zusammenarbeit mit der Offiziersschule der Luftwaffe

und dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Leitung: Saskia Hieber / Horst Schmidt / Karl Sedlmaier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-3 25. – 27. Juni

6. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:

Das kulturelle Fundament der Ökonomie

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Leitung: Heinrich Oberreuter / Ulrich Blum/

Wolfgang Quaisser / Michael Aßländer

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J u l i

26-3 2. – 3. Juli

Die Bedrohung der Welt durch Waffen und internationale Strategien zu ihrer Bekämpfung

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Leitung: Saskia Hieber / Ulrike Renner

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

27-2* 7. – 9. Juli

Die Weltwirtschaftskrise – Ursachen und Entwicklung und ihre Auswirkung auf Frauen

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund, dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund/Landesverbände Bayern

Leitung: Stefan Köppl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-1 9. – 11. Juli

Angst, Kontrolle, Vertrauen – Datenschutz und Gesellschaft

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

28-5 12. Juli

Politik international: Beispielhafte Herausforderungen in Asien und Europa

In Kooperation mit den Studienseminaren für berufliche Schulen in Südbayern

Leitung: Michael Spieker / Heinrich Claus

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

28-1* 12. – 14. Juli

Fragen zur Zeitgeschichte – NS-Zeit im Unterricht

Didaktische und pädagogische Anforderungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

28-6* 14. – 15. Juli
Klima(politik) – Möglichkeiten und Grenzen von Verbraucherbildung
In Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern
im Katholischen Deutschen Frauenbund e.V.
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Ute Mowitz-Rudolph
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-2 14. – 16. Juli
Openness and Growth
Lessons for Transition and Development
Second Joint OEI/APB Summer Academy on Central and Eastern Europe
In Kooperation mit dem Osteuropa-Institut Regensburg und der
European Association for Comparative Economic Studies
Leitung: Wolfgang Quaisser / Jürgen Jerger
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-4 16. – 18. Juli
Umbrüche in der Medienlandschaft
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

30-1* 26. – 30. Juli
Fakultas Sozialkunde: Politische Theorie
Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien
3. Sequenz / 3. Lehrgang
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Spieker / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

A u g u s t

31-1* 2. – 5. August
Prinzipien der Politik: Gerechtigkeit
Ferienseminar 1
Leitung: Michael Spieker
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

31-2* 5. – 8. August
Internationale Politik
Ferienseminar 2
Leitung: Saskia Hieber / Stefan Köppl
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter eröffnete in Kiew mit seinem Vortrag „Current challenges to democracy – some fundamental reflections“ die Konferenz „Ukrainian School of Political Studies“. In Berlin diskutierte er beim Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Ehren Kurt Biedenkopfs über die Chancen nachhaltigen Wirtschaftswachstums. In der Europäischen Akademie für Geschichte und Kultur Dornbirn referierte er über „Beharrung und Veränderung. Aufbruch zu einer neuen politischen Kultur?“. Anlässlich der Veranstaltung „Dialog im Kloster“ sprach er in Seon über „Deutschland und seine schwarz-gelben Koalitionen“. In Regensburg analysierte er die aktuelle Situation und Perspektiven für die CSU. Bei einer überregionalen Tagung von Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung referierte er über „Gute Sitten in der Politik“. Im Deutschlandfunk debattierte Oberreuter in der Sendung „Zur Diskussion“ mit Miriam Lau (Die Welt), Philipp Mißfelder, MdB, und Ines Pohl (TAZ Berlin) zum Thema „Profildebatten, Flügelkämpfe, Richtungsstreit: Die Union und Angela Merkel“ und in Phoenix mit Hans Herbert von Arnim und Markus Feldenkirchen (Der Spiegel) über Sponsoring und Finanzierung von Parteien.

KURATORIUM

Die Akademie trauert um ihre Kuratorin **Renate Herrmann**, die am 5. März überraschend verstorben ist. Als Geschäftsführerin der Maschinenfabrik Ludwig Hunger brachte sie ins Kuratorium, dem sie seit 1993 angehört hatte, nüchterne Klugheit, ökonomischen Sachverstand und ausgleichende Fähigkeiten ein. Anders als überlegt und sachlich hat man sie nie argumentieren hören. Wir haben ihr zahlreiche wichtige und wertvolle Denkanstöße für unsere Arbeit zu verdanken, die fortwirken. Die Akademie, ihre Gremien und ihre Mitarbeiter gedenken ihrer in tiefem Respekt und großer Dankbarkeit.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg über China als regionaler und globaler Akteur und hielt auf einer Tagung der Universität Münster einen Vortrag über Chinas Nuklearstrategie. An der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin referierte sie über Chinas Energiesicherheit und militärische Modernisierung und diskutierte an der NATO School in Oberammergau über „Security Trends in China“.

Dr. Gero Kellermann moderierte in München eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Zukunft der Energieversorgung in Europa“. Teilnehmer waren unter anderem der bayerische Europaabgeordnete Markus Ferber sowie der Vorstandsvorsitzende von E.ON Bayern Thomas Barth.

Stefan Köppl referierte im Kloster Banz über Entwicklung, Herausforderung und Zukunft der Volksparteien in Deutschland sowie in München über die politische und wirtschaftliche Situation Italiens. Im Sommersemester 2010 bietet er an der Universität Passau ein Proseminar zum Thema „Regieren in der Demokratie – Wandel und Herausforderungen“ an.

Dr. Michael Spieker hält im Sommersemester 2010 an der Universität Freiburg einen Lehrauftrag zum Thema „Ethik des Sozialstaats“.

Dr. Michael Schröder hielt Vorträge über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Mediendemokratie und politische Beteiligung im Pädagogischen Institut München, bei den Johannitern und in der Katholischen Landvolkshochschule Wies.

PRESSEREFERAT

Kathrin Haimerl verlässt nach nur einem Jahr ihrer Tätigkeit als Pressereferentin und Online-Redakteurin auf eigenen Wunsch die Akademie, um eine neue Stelle in der Online-Redaktion der Süddeutschen Zeitung zu übernehmen. Wir bedanken uns für ihre erfolgreiche und engagierte Arbeit und wünschen ihr für die berufliche Zukunft alles Gute.